

Die "Volkswacht"
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Gravenstr. 5/6,
und durch Kioskanten zu beziehen.
Preis vierterteilslich Mf. 2.50.
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mf. 2.50,
frei ins Aus Mf. 3.92,
wo keine Post am Orte Mf. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephone
Redaktion 3141.

Telephone
Expedition 1206.

Nr. 196.

Breslau, Mittwoch, den 23. August 1911

22. Jahrgang.

Ein Jahr Parteiarbeit.

In einem kurzen Vorbericht hatte der Parteivorstand bereits darauf hingewiesen, daß das abgelaufene Tätigkeitsjahr der sozialdemokratischen Partei Deutschlands als ein überaus erfolgreiches bezeichnet werden kann. Es gelang, die Rüstung für die bevorstehenden Kämpfe in jeder Beziehung zu vervollkommen, und der heute vorliegende Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Jena, der in den nächsten Tagen auch den Lesern der "Volkswacht" als besondere Beilage zugänglich gemacht wird, bestätigt und verstärkt den erfreulichen Eindruck der ersten Willkürungen. Die gemachten Beziehungen auf jedes Gebiet unserer politischen Tätigkeit, nicht eins blieb davon ausgeschlossen. Zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands zählten sich

im Jahre 1910 . . . 720.038 Mitglieder
" " 1911 . . . 836.562
mithin mehr 116.524 Mitglieder

worunter sich 107.693 Frauen, gegen 82.642 im Vorjahr, befinden. Es sind 4216 Ortsvereine in 393 Wahlkreisen, in denen sich diese gewaltige Armee zusammenfindet. Nur drei Wahlkreise des Reiches, darunter Schrimm-Schroda, haben mit unserer Zentrale keinerlei Verbindung, während in elf noch das alte lose Vertrauensmannersystem erhalten geblieben ist, so in Frankenstein-Münsterberg und Falkenberg-Groitsau, sowie in vier Wahlkreisen der Provinz Posen. Abgesehen von diesen, an der Peripherie des Reiches gelegenen "fünfzehn Ecken", erstreckt sich das dichtmaschige Netz unserer wohlgegliederten Organisation jetzt über ganzes Land, bis in die letzten Dörfer hinein, und während es vor einigen Jahren schien, als ob der aus 600.000 Freiwilligenmitgliedern zusammengesetzte "Volvverein für das katholische Deutschland," die zweitstärkste politische Organisation des Landes, uns einmal numerisch einholen könnte, ist diese Gefahr jetzt bei unseren 836.000 Mitgliedern, die sich täglich vermehren, in weite Ferne gerückt.

Gleichzeitig mit dem Mannschaftsbestande haben sich auch die finanziellen Verhältnisse unserer Haupstelle gehoben, es betrugen im Jahre 1911

die Einnahmen 1.357.761,62 Mf.
die Ausgaben 897.180,48

und mit dem Kassenbestande aus dem letzten Jahre konnten 490.000 Mf. als Kapital für den Reichstagswahlkampf auf der Bank angelegt werden. Es gibt keine zweite reine Parteifazze in Deutschland, die mit solchen Summen rechnen könnte, dafür müssen allerdings im gegnerischen Lager die Kapitalistenforsen bei den Wahlen mit ihren Spenden herhalten und die bürgerlichen Parteien zu ihren Spendenabzügen erniedrigen. Die Einnahmen des Jahres 1911 sind in unserer Parteifazze um 390.430 Mf. höher als im Vorjahr und besonders erfreulich ist es, daß ein erheblicher Teil dieser Zunahme aus den ordentlichen Beiträgen der Organisationen und den Nachzahlungen rückständiger Beitragsträger erfüllt. Allerdings tragen zu dem guten finanziellen Abschluß auch die Überschüsse des "Vorwärts" mit 179.385 Mark, der "Gleichheit," der "Neuen Zeit" und des "Wahren Jacob" mit 30.000 und des Hamburger Parteigeschäfts mit 30.000 Mf. bei Ihnen stehen 71.000 Mf. Zuwendungen an die schwächere Parteipresse gegenüber.

Im allgemeinen ist auch die Entwicklung der Parteipresse eine ununterbrochen vorwärtsreichende. Die Zahl der sozialdemokratischen Tageszeitungen hat sich um 6 auf 81 vermehrt, weil mehrere Kopfblätter neu gegründet und andere in selbständige Zeitungen umgewandelt wurden. Auffallend stark ist daran Süddeutschland beteiligt, wo in Göppingen, Esslingen, Lörach und Freiburg neue Parteiblätter entstanden. Wenn auch eine Gesamtübersicht über die Zahl der Abonnenten der Arbeiterpresse bei Auffassung des Berichts noch nicht vorgelegen zu haben scheint, so darf man wohl die Entwicklung der folgenden Blätter als typisch für alle Parteiorgane ansehen: Der "Vorwärts" vermehrte seine Abonnenten von 122.000 auf 157.000, die "Gleichheit" von 82.000 auf 94.500, die "Neue Zeit" von 9000 auf 10.500, der "Wahre Jacob" von 250.000 auf 307.000. Einen unverhältnismäßig hohen Zuschuß erfordert nach wie vor das polnische Parteiorgan, die "Gazeta Robotnicza," obgleich ihre Organisation, die "Polnisch-Socialistische Partei" davon keine besondere Belebung erfährt: sie hat in den entscheidenden Provinzen an Mitgliederzählen abgenommen, in Oberschlesien um 223, in Posen um 31. Als Ergänzung der deutschen sozialdemokratischen Tagespresse dienen die überaus zahlreichen Monatsblätter, Landboten und Agitationskalender, sowie das reichhaltige Flugblattmaterial, über das der Bericht ausführlich Auskunft gibt. Insgesamt sind davon in Deutschland

33.525.719 Flugblätter und
2.849.883 Agitationskalender

und Broschüren verbreitet worden, denen in mündlicher Tätigkeit

35.626 Mitgliederversammlungen und
18.163 öffentliche Versammlungen

genüberstehen. Was durch diese Propagandaerfolgen und

Neben gewonnen wurde, befestigte dann die Arbeit der 218 Bildungsanschlässe in Vortrags- und Unterrichtskursen.

Der Bericht des Bildungsanschlaßes nimmt einen immer breiteren Raum in der Gesamtübersicht des Parteivorstandes ein und das Bildungswesen hat sich in wenigen Jahren als ein wichtiges Glied unserer Ausklärungsarbeit eingefügt. Wurden doch allein im vergangenen Jahre, abgesehen von allen übrigen Veranstaltungen, 345 Vortragskurse in 177 Orten abgehalten, zu deren 2879 Vorträgen insgesamt 45.873 Teilnehmer stürmten, um Belohnung und Auflösung auf allen Wissensgebieten zu erlangen. Was speziell die wissenschaftlichen Vortragskurse anlangt, die vom Zentralbildungsausschuß arrangiert wurden, so steht Breslau und Schlesien auch in diesem Jahre wieder an der Spitze. Die größten Teilnehmerzahlen für nationale ökonomische Kurse (Dunker und Nölke) wiesen folgende Orte auf: Breslau 751, Wismar 365, Jena 335, Nürnberg 332, Schwerin 307, Braunschweig 283, Danzig 272, Posen 216, später folgt Liegnitz mit 178 und Waldburg mit 140. Bei den naturwissenschaftlichen Kursen des Genossen Graf wurden Teilnehmer gezählt in Breslau 1496, Berlin VI 649, Liegnitz 616, Rixdorf 446, Strehlen 428, Nowawes 344, Brieg 300, später folgen Hoyerswerda mit 243 und Striegau mit 230 Teilnehmern. Auch in der Gesamtzahl der bisher veranstalteten Kurse stehen Breslau und Liegnitz mit je 5 an der Spitze aller Städte.

Die Frucht dieser gewaltigen organisatorischen Arbeit trat unter anderem auch in den zahlreichen Nachwahlen und Kommunalwahlen des letzten Jahres zu Tage. Wir wollen dabei nicht von den Reichstagswahlen sprechen, sie sind in aller Erinnerung, aber der Vorstand berichtet auch außerst interessante Daten über die erfolgreichen Landtags-Nachwahlen in Bayern und Württemberg, wo das Zentrum manche Schlappe erlitt, in Sachsen und den Thüringischen Bundesstaaten an. Wir besaßen in 19 Bundesstaaten 188 Landtagsabgeordnete, an der Spitze stehen dabei Sachsen mit 26, Bayern mit 21, Hamburg mit 20, Baden mit 20, Bremen und Württemberg mit je 16 Abgeordneten. Über die Landtagswahl in Breslau führt der Vorstandsbereich aus:

Bon besonderem Interesse war der Wahlkampf in Breslau. Dort galt es, einen Kampf mit dem schwarz-blauen Block durchzuführen. 1908 hatten Zentrum und Konservative gesiegt, eine Mehrheit von Wahlmännerstimmen erreichte und die Mandate geteilt. Nun war der Zentrumsmann Bischof gestorben. Wieder marschierte der schwarz-blau Block geschlossen auf. Bei den am 23. November stattgefundenen Wahlgang eroberten unsere Genossen 19 Wahlmänner, 34 mehr als durch Umzug oder Tod in Wegfall gekommen waren. Insgesamt verfügen unsere Genossen durch diesen Zuwachs über 256 Wahlmänner. Die erste Wahl ergab im Vergleich mit der Hauptwahl von 1908 folgendes Resultat:

	1908	1910
Zentrum und Konservative . . .	844	820
Sozialdemokraten	308	355
Liberale	479	473

Während der schwarz-blau Block 1908 im ersten Wahlgang gesiegt hatte, hatte nun eine Stichwahl stattzufinden. Bei dieser stimmten unsere Genossen für den Freiheitlichen, wodurch dieser 839 Stimmen erhielt, während der Zentrumsmann es nur auf 824 Stimmen brachte. Nach der Wahl richtete der Vorstand des freien Wahlvereins ein Dankeswort an unsere Genossen. Der Landtag hat das Mandat des Dr. Ehlers für ungültig erklärt und es hat also wieder eine Nachwahl in Breslau stattzufinden.

Den günstigen Resultaten der Nachwahlen stehen sich die Erfolge bei den städtischen und ländlichen Gemeindewahlen an, die dazu geführt haben, daß jetzt

in 410 Städten 2015 Stadtvorordnete
in 2240 Dörfern 6646 Gemeindevertreter

der sozialdemokratischen Partei ihres Amtes warten, wozu noch 95 Magistrats- und 154 Gemeindevorstandsmitglieder in den süddeutschen Staaten kommen.

Mit diesen Daten ist der Bericht natürlich bei weitem nicht erschöpft, er bespricht die Frauenbewegung, teilt mit, daß die Abonnenten der "Arbeiter-Jugend" sich in 474 Orten auf 65.500 vermehrt haben, daß der Landarbeiter-Verein mehr als 12.000 Mitglieder in 382 Gruppen vereinigt, und daß für die Agitation unter Binnenschiffen und Eisenbahnen neue Wege gewählt wurden, was den preußischen Verwaltungen bekanntlich schwer im Magen liegt. Schließlich sind der Wahlrechtsbewegung, der Maifeier, der Parteischule und dem Kampfe mit den Behörden besondere Kapitel gewidmet.

Überblicken wir diesen reichhaltigen Bericht, dann will es uns einigermaßen verwunderlich erscheinen, daß aus verschiedenen Orten ganz unvermittelt eine plötzliche und erhebliche Vermehrung der Parteivorstand und Sekretäre verlangt wird, wie das in Königsberg, Niederkann und Göppingen geschieht. Der Parteivorstand selbst hat unseres Wissens einen Wunsch nach dieser Richtung nicht geäußert und doch kennt man an den bestreitenden Dingen sogar genau die Höhe des neuen Bedarfs. Ein Missbrauch gegen die Wirklichkeit des Vorlands ist bisher nirgends ausgesprochen worden, man wird also eine konkretere Begründung dieser Anträge erwarten dürfen. Was sonst in der geringen Zahl von fünfzig Anträgen zu Wünschen hervorruft, sind — mit Ausnahme des Autokabs Planenfeuer-Hilfsbrand, der kaum genügend überführt werden dürfte — geschäftliche Dinge, die nicht die Ausbreitung

unserer Schriften und die Besserung unserer Unterhaltungsliteratur zum Ziele haben. Dabei sei noch erwähnt, daß die im vorigen Jahre von Breslau beantragte populäre und kurze Broschüre "Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?" sich in Arbeit befindet. Der Breslauer Antrag, die "Rüstige Politik" auf die Tagesordnung des Parteitages zu legen, fehlt mehrfach wieder, es werden aber schon Stimmen laut, die darauf verweisen, daß diese Frage in Bevels großem Reichstagswahlreferat behandelt werden soll.

Die Anträge wie der Vorstandsbereich weisen darauf hin, daß der Jenaer Parteitag ganz überwiegend nach der Reichstagswahlarbeit gravitiert, wie das die Leipziger "Volkszeitung" auch für die sächsische Landesversammlung feststellte. Sie gibt uns ja auch die Gelegenheit, mit tausend Versammlungen und Tausenden Schriften in bisheriges Umland einzudringen und die sozialdemokratischen Lehren immer neuen Volksmassen zu predigen. Wie leistungsfähig unser Parteipräger darin geworden ist, das bestätigt der soeben besprochene Bericht.

Politische Übersicht.

Für den Frieden!

Gibt es wirklich eine Kriegsgefahr? Der Gedanke, die läufige Diplomatenpose von Berlin könnte eines Tages damit enden, daß sich hunderttausend Menschenleiber blutend im Sande wälzen, ist wahnsinnig, grauenhaft, absurd und lächerlich! Aber regiert Vernunft die Welt, und sind es die Gesetze der Logik, von denen die Geschichte der Völker bestimmt werden? Wäre die Menschheit eine nach vernünftigen Grundsätzen geordnete Gemeinschaft, so dürfte man über das Kriegsgeschrei, das von Narren und Verbrechern angestimmt wird, mit Abscheu und Entsetzen zurück und überschütten mit thren wütsten Beschimpfungen jeden, der sich ihnen in den Weg stellt. Vor allem natürlich die sozialdemokratisch gestaltete Arbeiterschaft, die den stärksten Wall bildet gegen die Besiedlung ihrer biebigen Gelände. Aber auch Wilhelm II. muß sich — auf französisch — einen seigen Maulaufsteller nennen und mit Judas Ischariot vergleichen lassen, wenn er den Wünschen der tollgewordenen Kriegsheer nicht mit blindem Gehorsam entgegenkommt.

Heute sehen wir Männer, die den angeblich gebildeten Schichten angehören, eifrig bestrebt, den alten Blutross aufs neue zu entfachen. Sie schreien vor keiner Lüge zurück und überschütten mit thren wütsten Beschimpfungen jeden, der sich ihnen in den Weg stellt. Vor allem natürlich die sozialdemokratisch gestaltete Arbeiterschaft, die den stärksten Wall bildet gegen die Besiedlung ihrer biebigen Gelände. Aber auch Wilhelm II. muß sich — auf französisch — einen seigen Maulaufsteller nennen und mit Judas Ischariot vergleichen lassen, wenn er den Wünschen der tollgewordenen Kriegsheer nicht mit blindem Gehorsam entgegenkommt.

Wenn man nun sieht, wie das Stöcken der deutsch-französischen Verhandlungen von dieser radikalen Gesellschaft mit Besiedigung aufgenommen, wie die Pausa ausgenutzt wird, um die Gegensätze bis zum Berreiten zu spannen und jede Verständigung unmöglich zu machen, so kann man sich der ernstesten Besorgnisse nicht mehr erwehren. Die deutsche Diplomatie hat sich mit der ihr eigenen, fast sprichwörtlich gewordenen Geschicklichkeit in eine Sackgasse verirrt, aus der sich ein Ausweg nur schwer finden läßt. Sie kann nicht vorwärts, ohne dadurch eine Rage herauszubeschwören, die sie vielleicht selber vermeiden will, und sie kann nicht zurück, ohne im eigenen Lager mit Schimpf und Spott empfangen zu werden. Sie hat sich grundätzlich bereit erklärt, auf alle politischen Ansprüche in Marocco zu verzichten und dafür Kompensationen verlangt, über die Frankreich mit sich reden lassen wollte, sie hat aber dann, eingeschüchtert von dem Geschrei, das sich rings um sie erhob, ihre Entschädigungsansprüche so hoch gestellt, daß die französische Regierung sie nicht befriedigen kann, ohne sich die chauvinistische Meute des eigenen Landes auf den Leib zu holen.

Die Methode der Kriegstreiber von hüben und drüben ist dabei so einfach, daß sie jedes Kind begreift handhaben kann. Kolonialländer haben die Eigentümlichkeit, daß sich, je nachdem, wie es einem paßt, ihr Wert ganz verschieden einschätzen läßt. Auf dem Papier läßt sich jede Wüste zu einem Wunderland voll unschätzbarer Entwicklungsmöglichkeit verwandeln, und ebenso kann jedes Kolonialreich von verhältnismäßig hohem Wert als ein ungesundes Fieberloch dingfestellt werden, das zu ewiger Unfruchtbarkeit verdammt ist. Herr Cambon kann also so wenig wie möglich gewähren, und man wird drüben schreien, daß aus der Kolonialkronen Frankreichs der schönste Stein herausgetragen worden sei, um deutsche Expressgelfüße zu befriedigen. Herr v. Kiderlen-Wächter aber könnte die Hälfte der französischen Kolonien heimbringen, und man würde hüben doch versichern, er habe sich mit einem Linsengericht abspielen lassen und dafür die deutschen Erbgebürtrechte verkaufen. Unsere Aldeutschen tun es nur einmal nicht ohne Westmarocco, und sie verstehen sich auf diese Forderung, nicht weil sie dieses Westmarocco, sondern weil sie den Krieg mit Frankreich und England wollen, ohne den es durchaus nicht zu haben ist. Sie wollen den Krieg, sie rechnen mit einem Siege Deutschlands und einer Neuauflistung der Welt.

Die großsprechende Siegesauftakt, die diese Weltverteiler zur Schau tragen, sollte jeden, der sich den Kopf noch einigermaßen klar gehalten hat, beunruhigend stimmen. Im Jahre 1866 verschafften die österreichischen Offiziere, sie würden mit den Fußlappen der I. I. Armee die Preußen davonjagen, und 1870 schrie man in den Straßen von Paris: „Nach Berlin! Nach Berlin!“ Heute renommierten unsere Zukunftssieger mit den 70 Millionen Einwohnern, die Deutschland bald haben wird, und vergessen nicht nur, daß die Bevölkerungszahl der beiden Westmächte zusammen noch viel größer, sondern auch, daß die materiellen Mittel, die diesen beiden Reichen zur Verfügung stehen, stärker sind als die des Deutschen Reiches. Aber selbst, wenn man glaubt, daß Deutschland unter seiner jetzigen militärischen Führung ganz zweifellos imstande sei, die Westmächte in mehreren Schlachten zu besiegen — wer ist so kindisch anzunehmen, daß mit einem siegreichen Kriege die Sache erledigt sein würde, und daß man dann frisch und frei aus neuen Weltverteilungen gehen könnte? Ein Sieg Deutschlands wäre in Wirklichkeit nur die Eröffnung einer neuen Ära der Weltkriege, und das Reich geriete in Gefahr, einer Weltkoalition gegenüberzustehen, an deren Spitze es seine besiegt Gegner finden würde. Kein Vernünftiger kann annehmen, daß es möglich sei, dem immer noch starken französischen Volk und der angelsächsischen Weltnation mit dem Schwert in der Faust dauernd ihre Lebensbedingungen zu diktionieren!

Die deutsche Diplomatie hat in ihrer Behandlung der marokkanischen Frage Fehler auf Fehler gehäuft. Das ist der einzige Punkt, über den volle Einstimmigkeit herrscht zwischen Frankreich und England, zwischen Alddeutschen und Sozialdemokraten. Gerade die alldttsche Presse hat über die Unfähigkeit der deutschen Regierung in der letzten Zeit am laufenden geplagt. Und nun soll auf einmal diese selbe Regierung imstande sein, von Berlin aus das Werk Napoleons neu aufzunehmen, ohne wie Napoleon am Ende — oder gar schon am Anfang — zusammenzubrechen? Seht jollen die Fehler, die gemacht worden sind, gut gemacht werden durch ein Verbrechen, durch die Ansicht eines Krieges? Nein, wer wirklich Empfinden für das deutsche Volk besitzt, und es nicht als eine Herde Vieh betrachtet, das man zur Schlachtfank treibt, muß alles daran setzen, um die Verwölflichung eines so schändlichen Gedankens zu verhindern.

Was soll uns denn in den Krieg tragen? Die Not? Sind es doch gerade die Kriegstreiber, die flets verichern, dem arbeitenden Volke Deutschlands ginge es besser als irgend einem Volle der Welt, und bei den nächsten Wahlen werden wir gewiß wieder aus Millionen Blättern erfahren, in welchem Paradiese wir eigentlich leben! Das Volk, das die wirkliche Not fühlt, sieht im Kriege kein Mittel, sie abzuwehren, sondern nur, sie ins Unendliche zu steigern. Die Kriegstreiber aber, die sonst behaupten, dem Volle ginge es ganz gut, schreien jetzt auf einmal, wir brauchen kriegerische Erobrungen, um nicht zu verbhungern. Aber, wann wäre es der Kriegsbesitz gegeben gewesen, logisch zu kennen? Wollte sie damit beginnen, so würde sie aufhören, gefährlich zu sein! Darum dürfen sich auch die Arbeiter, die Freunde des Friedens, nicht auf die Glüe ihrer Feinde allein verlassen, sondern sie müssen — sich in Abwehr zusammentreten zu einer unüberwindbaren Macht!

Der antikaiserliche Postartikel

ruft in der politischen Welt immer noch Nachwirkungen vor. Die „Kölner Volkszeitung“ erhält von Freiherrn v. Biedenkopf aus Tirol eine Zuchrift, nach welcher Bedingung nach Kenntnisnahme des ihm völlig überraschenden Urteils der „Post“ dem berühmten Chefredakteur seine erneute Entfernung missbilligungen ausgeprochen und nachdrücklich Remodur

verlangt hat. Die Söhne sei durch Rübung des Schulden erfolgt, noch bevor der offensichtlich ohne Kenntnis dieses Vorgangs geschriebene Brief des Fürsten Hasfeld veröffentlich worden sei.

Aus den Kreisen der früheren Sozialräte der „Post“ wird der „Kreuzzeitung“ zur Veröffentlichung folgendes mitgeteilt: Die „Post“ ist vom 1. Juli 1910 ab an ein neues Konsortium übergegangen, dem kein Mitglied der früheren S. m. b. H. angehört. Soviel bekannt, gehören der neuen Sozialität auch keine Mitglieder der Deutschen Reichspartei oder der freisinnervorradikalen Fraktion des Abgeordnetenhauses an. Zugleich steht die „Post“ jetzt unter dem Einfluß alldeutscher Kreise und rheinisch-westfälischer Eisenindustrieller.

Bei der „Post“ fragt man nie: welches ist die Überzeugung ihrer Redakteure, sondern immer: wer hält sie mit seinem Gelde aus. Die Geldgeber bestimmen die „Richtung“ des Blattes und die „Überzeugung“ der Redakteure. Was bei der „Post“ so offen zu Tage liegt, trifft natürlich bei zahllosen anderen Patriotenblättern zu, nur entzieht es sich meist der Kenntnis des Publikums.

Die drohende Lebensmittelsteuerung

führt sicher im Reichstag zu Interpellationen und Anträgen. Die Generalversammlung des Wahlkreises Kassel-Melsungen nahm am 20. August folgende Resolution an den Jenaer Parteitag einstimmig ein:

„Die allgemeine Lebensmittelsteuerung im Reiche hat schon jetzt eine Höhe erreicht, die die größten Besorgnisse erwecken muß in Bezug auf Leben und Gesundheit der verfügbaren Massen unseres Volkes in Stadt und Land.“

Der fünfzehn in Betrachtung der Lebens- und Futtermittel durch indirekte Steuern, Zölle, Grenzverträge, des Systems der Einfuhrzölle und anderer Bestimmungen haben sich infolge erhaltener Dürre als natürliche Preisssteigerungsmittel hinzugesellt die Menschen im Reiche.

Am Interesse des vollenden Volles, namentlich auch im Interesse der Kleinbauern und Viehzüchter, die jetzt die Gemeingeschäftlichkeit der nur den Großen in der Landwirtschaft nützlichen Zölle auf Lebens- und Futtermittel so schwer empfinden müssen, verlangt die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Cassel-Melsungen:

1. Aufhebung der Zölle auf Getreide, Futtermittel, Schlachtwiech und Fleisch;
2. Rendierung der Bestimmungen des Schlachtwiech- und Fleischschutz-Gesetzes, durch die die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch schwierig oder gänzlich unmöglich gemacht wird;
3. Festzung der Grenzen zur Einführung von Schlachtwiech unter Aufrichterhaltung unerlässlicher Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung von Seucheneinschleppung.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Cassel-Melsungen ersucht den Parteitag zu Jena, diese Resolution zu der seinigen zu machen und die Reichsstagsaktion zu beauftragen, sofort nach Zusammenritt des Reichstags im Sinne dieser Entschließung zu wirken.

Der Ex-König Manuel sucht Hilfe bei Wilhelm II. Die „Deutsche Montagszeitung“ veröffentlicht das Bruchstück eines Briefes, den der portugiesische Ex-König Manuel an einen englischen Bürgersmann gerichtet haben soll, und der offenbar einen Zweck hat, bei diesem eine größere Anleihe für den gefürchten König zu machen. Das Blatt will sich dafür bürgen, daß der Brief echt sei. In diesem Brief steht es:

„Das England mich einfach aus Gründen der Gerechtigkeit unterstützen, ich ausgeschlossen. Anders liegt der Fall bei Spanien und dem deutschen Kaiser. Insbesondere, was diesen leichten anbetrifft, gebe ich mich der festen Vorausicht hin, daß Kaiser Wilhelm, der der einzige Idealist unter den europäischen Fürsten und Diplomaten ist, mich gegebenenfalls nicht im Stich lassen wird... Ich danke Ihnen für... und für Ihre Bemühungen in den Kreisen der englischen Diplomatie, aber ich wünsche, daß Sie keinen Erfolg haben würden.“

„Es grüßt Sie, Ihnen immer genügt.“

Es scheint uns zweifelhaft, ob dieser Brief echt ist; es ist aber immerhin charakteristisch, daß alle ihres Thrones verlustig gegangenen Fürsten ihre Hoffnungen auf Deutschland setzen.

heiter die Kunst!

Eine Spieldramatik von Coriolanus

(Rohling beendet)

Über die Freiheit und das Recht zu leben; die Erinnerung an die Schönheit der letzten Seite; der Flitternde, so traurig erwartende Ausdruck in den tiefliegenden Augen seiner Kleidermitter werden zusammen, um das Gold des Schatzes nicht brechen zu lassen.

Nachdem ich Mama an die Elektrische gebracht habe, befindet mir ein Gefühl der Verunsicherung und der Hoffnung. Ich werde fortan ein Gebrauchs in meiner Freiheit benötigen und Mama wieder vor den Füßen des Chepaus Winters, doch von meinen unentbehrlichen Freuden zu trennen, noch den unzähligen einanderbürtigen Menschen betreten. Aber auch Mama nur von den Sportübungen erzählen und ihr die flüchtig Worte in die kleinen Hände legen.

Was werde ich morgen bei Mama erfahren? Werden Sie die Worte des Vaters bestätigen oder nicht?

Um dem Sieg am Boden seiner Spezialität nunmehr würdig daran herantreten, unter welchen Umständen ich den letzten Kampf dort gewonnen und so früh als der überholte letzten Ritter angefecht habe. So nach dem besten, daß Sichar, die er in anderen Gesprächen von uns immer gesprochen wurde, sich lange Zeit habend der Jagd nach seiner Tochter (und neuer Freuden) aber auch jetzt eigene Räder zu erkämpfen hatte. Dann aber auf dem Rücken seiner Mutter und deren Tochter ein „Habselkämpfer“ gekommen ist, soll Sichar die letzte unerwartet gewonnen habe, denn die alte Dame, welche er sich mit einer gewaltvollen Kugel aus dem letzten Kampf und den Augen der Nachbarräuber bereits geholt hatte, waren nach Auspruch Thomas auf das Rüst der feinen Kleiderfreiheit entflohen. Nach der Erfolgsfeier wurde er zum Erzähler aller und weiter der Nachkriegs-Zeit, meines Spezialitäten. Alle Jahre ein alter Kämpfer und fast immer unbekämpft. Ich wurde nach und nach immer mehr und mehr in die Hände der Feinde übergeben. Aber Jahre ein alter Kämpfer und er vielleicht es war, der mir die Freiheit und das Recht zu leben und zu sterben verliehen hat.

„Ich. Beispiel Erziehung und Leid lag zwischen jenen noch kurz zurückliegenden Zeiten und heute. Aber mir haben diese oft Romane meines Verbrechers eine Erkenntnis gebracht, die mir bisher völlig abgegrenzt war. Die Erkenntnis des brutalen Egoismus der Gesellschaft und des grausamsten Bandes an jedem Überlebens-

Ein schönes Gewiss immerhin, den ich leider mit einem schlechten Lachen aufzutragen wußte. Den Bericht des Beamten in die Geschäftsfähigkeit der neuangekommenen Monarchie. Die Einheit des Reiches gegen Protektion und den sogenannten „Erfolg“.

Das Gemüse des Reformations ist in meine Seele gelagert worden und aufgesogen und das läuft mir, wie es zu keiner befähigenden Seele aufzugehen.

Wir einzigen Freiheiten siehe ich die Erneuerung an der Wohnung, welche mir die neue Zeit meines Lebens eine Heimat geschenkt hat. Meine Mutter ist tot und zieht mich in die Seele, die ich früher bewohnt hatte.

„Nur eine Bildung trete ich über die Schule. Mit eingeschlafenes Leben führt mich Mama an, um ihn daran über den Raum hinaus zu lösen. Ich verachte den Bild und die Mutter. Er ist mir sagen: dieses verdammte über biblische Erziehungen und ein schreckliches Leben und Schaffen verleiht Sie, um — was dafür eingerichtet?

„Sie können mir vor mein geistiges Erbe und die Rührung verheißen, wie Sie gewonnen. Siehe, ich entzündend sage ich zu Mama:“

„Sie ist nichts verändert in dem Sommer.“

„Nein“, antwortete Mama. „Richard legt hier, wenn er zu Mama von einem Kriegsgefecht berichtet. Er ist heute hier und in Angesicht und zu Seiner gesessen. Da steht ja, was ist weiter.“

„Seine Seele liegt dabei zu mir:“

„Seine Seele liegt dabei zu mir:“

„Ja, es ist doch. Meiner Spezialität ist besser ich nunmehr zur Seele. Es wäre aber falsch, mir zu sagen, wie ich über diese Seele eigentlich denkt. Dieser entzündet mich trocken, daß ich mir keine Hoffnung gemacht hätte, wenn ich hierhergekommen wäre.“

„Seine Seele“, meinte Mama mit ihrer Seele, „zu leicht kann ich sie bedenken, da bin und das ist nichts wichtige, bevor ich diese Seele führe.“

„Meine Seele“, sage ich mit einer Spurzunge,

„Meine Seele“, lacht Mama mit meinem letzten Wort ein,

„Sie ist eine angenehme Seele mitzubringen.“

„Sie ist eine Seele, die mich sehr mögen.“

„Sie ist eine Seele, die mir sehr mögen.“

„Sie ist eine Seele, die mir sehr mögen.“

Das Montagsblatt verwahrt sich übrigens dagegen, daß Wilhelm II. die monarchistische Bewegung in Portugal — zur Zeit eine revolutionäre ist — unterstützen könne. Das Blatt fragt, wann und wo denn Wilhelm II. etwas ausgesprochen habe, das zu dieser Hoffnung berechtigte.

Der deutsche Steigerverband hielt am Sonntag in Kettwig bei Essen seine 6. Generalversammlung ab. Die Versammlung bedauerte, daß ein Einschreit der königlichen Bergbehörde gegen die allzu lange Dienstzeit, die Strafzuschläge und die unregelmäßige Sonntagsarbeit bis jetzt noch nicht erfolgt sei und allem Anschein nach auch nicht eintreten wird, weil die staatlichen Gruben im Ruhrrevier selber auf ihren Anlagen diese Dienstverhältnisse mehr und mehr übernommen hätten. Zur Amtnahme kam eine Entschließung, die sich dagegen richtet, daß trotz des vorhandenen Steigerüberschusses noch unqualifizierte Leute als Beamte verpflichtet werden. Ferner richtet die Versammlung an den Minister die dringende Bitte, keine neuen Bergschulen mehr zu genehmigen, da der Bedarf an Steigern durch die Bergschulen in Bochum und Essen voll aufgedeckt werden könne. An den Reichstag richtet die Versammlung die Bitte, die Grubenbeamten bei der Beratung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes in den Knappskraftskassen zu belassen.

Abänderung der Konkurrenzklause. Im Reichsjustizamt sind Vorbereitungen zur Herstellung eines Gesetzentwurfs im Gange, der einerseits den vielfachen Klagen und Beschwerden über die Höhen der Konkurrenzklause abhelfen, aber andererseits auch den Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen soll, die ihre Waren selbst herstellen und auch selbst vertreiben, und die sich durch Verzerrung ihrer Produktions- und Vertriebsmethoden seitens entlassener oder abgegangener Angestellter geschädigt fühlen.

Gegen eine Erstwahl im ersten badischen Wahlkreis erheben auch die Liberalen Einwendungen. Die liberalen „Singener Nachrichten“ schlagen eine Eingabe an den Reichskanzler vor, wonach dieser gebeten werden soll, von einer Erstwahl im ersten badischen Wahlkreis Abstand zu nehmen. „Als in diesem Wahlkreis in Freize kommenden Parteien, Liberalen, Zentrum und Sozialdemokraten, seien einige darin, daß eine Nachwahl jetzt noch sehr unzufrieden sei.“

Die Wünsche der „Singener Nachrichten“ könnten sich natürlich nur auf Zentrum und Nationalliberalen beziehen, denn Sozialdemokraten müßt jede Wahl zu jeder Stunde recht sein.

Gezurkungsdemagogie in Elsaß-Lothringen. Das elsass-lothringische Zentrum hat seinen Wahlaufruf zu den bevorstehenden rheinlandischen Landtagswahlen veröffentlicht. Es fordert volle Autonomie für Elsaß-Lothringen, das auch nach Billigung der neuen Verfassung eigentlich noch Reichsland sei. — Das Zentrum hatte im Reichstage die Macht, die Autonomie Elsaß-Lothringens zu stärken, aber da nahm es Rückicht auf die Regierung, die nicht vor den Kopf gestoßen werden wollte. Jetzt und in der Agitation zeigt sich natürlich wieder der übliche Radikalismus.

Haussuchung nach Heines „Wintermärchen“. Auf Betreiben der Staatsanwaltschaft in Neu-Wied wurde Montagnachmittag in den Räumen der Buchhandlung des Volksblattes zu Bochum nach Heines „Wintermärchen“ polizeilich gehausucht jedoch ohne Erfolg.

Württemberg.

Der Sieg der englischen Eisenbahner.

Rascher, als man vermutete, haben die gewaltigen Eisenbahndirektoren Englands den Arbeitern nachgehen müssen. Sie, die sich als die Herren der englischen Volkswirtschaft fühlten, die ihre Macht so oft die Regierung, die Bergwerksbesitzer und die Industriellen, wie das ganze schwende Publikum fühlten ließen, sie haben nachgeben müssen, sie haben die Waffen strecken müssen vor einer größeren Macht, vor der Einheit und dem geschlossenen Willen der Eisenbahner Englands. In wenigen Tagen haben die englischen Eisenbahner die Bedeutung der Arbeiterklasse der ganzen Welt demonstriert.

Sie haben bedeutsame Erfolge errungen. Wohl sind sie noch nicht in jeder Hinsicht festgelegt, wohl hat noch eine Schiedsgerichtskommission zu entscheiden über den Umfang der Rechtsänderungen, aber daß der Sieg der Eisenbahner ein gewaltiger ist, führt ganz England, bildet alle Organe der englischen Presse in voller Einmütigkeit aus. Diese bürgerliche Presse, die die schamlosen Lügen, die unerhörten Tätsachenmeldungen über die englischen Eisenbahner verbreitet, die sie als eine Horde von Verbrechern, Räubern, Banditern, als ein gewaltiges, rücksichtloses, mordlustiges Gesindel darstellt, muß nun den vollkommenen Sieg der englischen Eisenbahner, die Waffenstretung der von ihnen bewunderten Schärmacher zu gestehen. Diese Haltung der englischen Presse, so insoweit sie

Mutter laufen. Du hast es mir zwar zum Eigentum überwiegen, aber ich glaube kein Recht zu haben, es ohne Deine Zustimmung zu veräußern. Wenn auch dem Sohn der Mutter. Als er das letzte Mal nach längerer Pause herkam und das Bild unerhofft sah, da war er überrascht von der großen Schönlichkeit. Er schloß sich mit dem Bilder eine halbe Stunde lang ein und kam dann mit geröteten Augenlidern heraus.“

„Er will es kaufen“, sagte ich enttäuscht, während zu gleicher Zeit mit diesem Gesicht, die Verzweiflung auftrat, daß Richard das Bild erst vor kurzem gekauft haben soll, obgleich es länger als ein Jahr, wenigstens fünfzehn Jahre im Besitz meiner Pflegemutter ist. „Du kannst es ihm ja schenken.“

„Schenken“ meint Mama mit eigenem Lächeln. „Er hat nicht viel wie ich, seitdem er neben der Bearbeitung seines Gutes noch einen rentablen Holzhandel betreibt. Dazu braucht ich allerdings nicht zu informieren, wenn ich das Bild verschenken wollte.“

„Aber ich weiß doch, daß es Dir an allen Ecken und Enden fehlt. Und als Richard den Wunsch äußerte, das Bild seiner Mutter zu beschaffen, da redete ich es ihm nicht ab. Er wird es eben bezahlen und das Geld erbringt Du.“

„Denn“, meinte Mama mit ihrem Lächeln, „du hast es mir zuerst gezeigt.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie Deine ersten vier Kinder.“

„Der Wunsch“, meinte Mama, „ist mir so unverhofft, wie

auch war, ein gewaltiger Vorteil für die Entwicklung des Massenbewußtseins und für die Emancipation der englischen Arbeiterklasse von der geistigen Bedormung durch das Bürgertum und seine Presse.

Die Unternehmer, die mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandeln wollten, die sie nicht anerkannten, die die Beamten der Eisenbahnerorganisation nicht empfangen wollten, müssen in dem Friedensschluß diese Anerkennung aussprechen. Gleich in dem ersten Punkt der Abmachung erkennen sie die „Arbeiterführer“ an, die durch dieses Abkommen der Eisenbahngesellschaften mit den Streikenden verfölkert werden, sich nach besten Kräften zu bemühen, die Aussätzigen zur unverzüglichsten Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Anerkennung der Gewerkschafts-Organisation, gegen die sich bisher die englischen Eisenbahngesellschaften, im Gegensatz zur englischen Industrie oder zum englischen Bergbau, entschieden gewehrt haben, nun durchgeführt werden wird. All die bisherigen Abmachungen, die die Eisenbahndirektionen ohne Zugutum der Gewerkschaft mit ihren Arbeitern vorgenommen haben, unterstehen einer Revision, so auch das famose, den Eisenbahnherrn aufgedrängte Einigungsverfahren, gegen das sich die Eisenbahner-Organisationen mit Entschiedenheit gewendet haben; weil es der wichtigste Anlaß zur Unzufriedenheit der Arbeiter und zum Streit gewesen ist.

Alle Garantien sind geschaissen, damit die endgültigen Abmachungen möglichst rasch dem vorläufigen Vergleich folgen. Im übrigen haben auch die Eisenbahner reichlich Machtmittel, um den Unternehmern jede Treulosigkeit unmöglich zu machen, um ihnen mit einem neuen Streit die größten Verlegenheiten zu bereiten. 700.000 bis 800.000 Pfund Sterling soll der Kassenbestand der Eisenbahner-Organisation sein, das ist eine Summe von rund 16 Millionen Mark, eine Summe, die ausreichen würde, drei Wochen hindurch den englischen Eisenbahnverkehr vollständig lahmzulegen. Dazu wäre noch, daß die Eisenbahntraktionen in dem Falle nicht lohnender Durchführung der Friedensbedingungen die ganze öffentliche Meinung und auch

Der gewaltige Eisenbahnerstreit ist auch außerordentlich wichtig, weil er zeigt, daß ein Teil der Arbeiter, wenn er gut organisiert ist, große Erfolge erzielen kann, freilich nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, wie sie das unbedingte Zusammensetzen aller Organe ist, bei welchen es sich um

Der gewaltsame Eisenbahnkampf ist auch unzweckmäßig, weil er zeigt, daß ein Teil der Arbeiter, wenn er gut organisiert ist, große Erfolge erzielen kann, freilich nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, wie sie das unbedingte Zusammenstreiten aller Angestellten bei Abwidrigkeit des Eisenbahnbetriebs notwendig macht. Nach der amtlichen englischen Statistik vom Jahre 1909 gehörten 112.000 Personen dem Eisenbahnerverbande an, während die Zahl der Beschäftigten 589.000 betrug, somit wären nur neunzehn Prozent der in den Betrieb Tätigen organisiert, aber weit mehr als die doppelte Anzahl der Organisierten hat gestreikt, und sie haben den ganzen Eisenbahnbetrieb stillgelegt. Noch mehr als anderthalb Jahre lebt die Erfahrung der englischen Gewerkschaftsorganisationen, ihre ganze Geschichte und ihr ganzes Wesen, daß die der Organisation angehörigen Personen die höchst qualifizierten, die unentbehrlichen, die besten Arbeiter sind. Hundertzwölftausend tüchtigste Arbeiter kann man nicht entbehren, wenn sie auch nur neunzehn Prozent aller Beschäftigten sind. Und diese neunzehn Prozent übten einen ganz gewaltigen Einfluß auf die große Masse der übrigen Angestellten und rissen eine stärkere Anzahl mit, als in der Organisation stand. Und trotzdem die Organisation unbeständig war, haben die englischen Arbeiter und nicht zuletzt die Eisenbahner treu und kräftig zusammengehalten, sie haben ihrer beiderunterstützungswürdigen Solidarität die großen Erfolge zu verdanken, die allen Arbeitern in dieser Massenbewegung der Verkehrsarbeiter zuteil wurde. Freilich soll man bei der Freude über diese Erfolge vorsichtig sein, allgemeine Regeln aus ihnen zu ziehen. Streiks der Transportarbeiter ziehen so zahlreiche Interessen in Mitleidenschaft, daß die Nachgiebigkeit der Unternehmer ihren Forderungen gegenüber leichter erzwungen wird, als in anderen Berufen. Dann darf man auch nicht vergessen, daß die englische Regierung den sehr wenig verhüllten Willen hatte, den Streik niederzuschlagen durch militärische Gewalt; durch militärische Gewalt gegen die Streikenden und durch militärische Unterstützung der Eisenbahnerverwaltungen. Aber das englische Militärsystem, dieses System, das noch immer auf Werbung beruht, das nur zum ganz geringen Teil gelehrte Arbeiter als Soldaten gewinnen kann, deren Disziplin nicht in jedem Falle über allen Zweifel erhaben ist, eignete sich für eine derartige Gewaltspolitik nicht. Aber es muß festgestellt werden, daß alle Methoden der Verwendung von Soldaten gegen die Streikenden verucht wurden.

Eine unangenehme Begleitercheinung der Streikbewegung waren die Egzesse, die in Liverpool und in einigen anderen Städten vorkamen, für die aber, wie heute allgemein zugestanden wird, die Streikenden garnicht verantwortlich gemacht werden können.

Der Sieg der Eisenbahner ist ein erfreulicher. Er wird den Stolz und das Selbstbewußtsein der englischen Arbeiter wachsen lassen, er wird die Lage von Hunderttausenden Arbeitern verbessern, er wird frische Stimmung, Kampfeslust und Manneskampfcharakter von neuem in die englische Arbeiterschaft hineintragen.

Das Ende des Streiks ist nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen, daß die Regierung einen Druck auf die Direktoren der Eisenbahngesellschaften im Interesse der Gewährung einiger Lohnforderungen der Arbeiter ausgeübt hat. Die Regierung kam angesichts des rälichen Umsichtsgefangs des Streiks zu der Überzeugung, daß große nationale und materielle Interessen auf dem Spiele stehen, und ließ die Direktoren wissen, daß für den Fall, als der Streik auch nur noch vierundzwanzig Stunden andauern würde, die Regierung sich genötigt sehen würde, mit energischen Mitteln selbst auf eine sofortige Beendigung des Streiks hinzuarbeiten. Die Direktoren trugen diesem Standpunkt der Regierung Rechnung und die erste der Bedingungen des Streikkomitees, daß keinerlei Disziplinierungen stattfinden dürfen, wurde ohne weiteres zugestanden. Bezüglich aller weiteren Forderungen war im Moment eine Einigung nicht notwendig, sobald man zu der Wahl des Verhandlungsausschusses griff, der im Moment wenigstens einen Waffenstillstand gewährte. Es kann jedoch als sicher angenommen werden, daß die Gefahr eines neuerlichen Ausbruchs des Eisenbahnerstreiks nicht besteht, da die Direktoren gewillt sind, auch den anderen Forderungen der Arbeiterschaft in einem größeren Umfang gerecht zu werden. Einigermaßen enttäuscht von dem Ausgang des Streiks ist das Publikum, welches außer den großen Schäden, die ihm der mehrjährige Streik zugefügt hat, nunmehr auch in letzter Linie die Kosten des Streiks durch die drohende Erhöhung der Taxe zu tragen haben wird.

Zur Lause der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurde der Beschluß auf Beendigung des Streiks in vielen Stunden getan von Zelgrämmen an alle Stationen mit der Auflösung mitgeteilt, sofort zur Arbeit wieder zurückzufallen.

Die bürgerlichen Telegramme vom Tage nach dem Waffenstillstand lauten sehr widersprechend. Eine Tepešche aus London besagt:

Die Personenverkehr der Eisenbahnen ist hier wieder normal. Auch in den Provinzen fahren mit wenigen Ausnahmen normale Zustände zurück. Sehr unregelmäßig ist noch der Verkehr der North Eastern-Bahn, momentan in Manchester, wo die Eisenbahner noch streiken. Die Lage auf den dortigen Güterbahnhöfen ist ernst. Große Mengen Lebensmittel

Sind verdorben. Die Lage ist noch dadurch verschlimmert, daß auch die führende Leute streiken. Eine Versammlung verlief sehr stürmisch, da die Leute über eine Kundgebung der Eisenbahndirektoren sehr ausgepegt sind, nach der die Aussändigen nur nach Bedarf wieder eingestellt werden sollen.

Ein weiteres Telegramm lautet:
Während die Stadt London wieder ihr gewöhnliches Aussehen angenommen hat, lauten die Nachrichten aus der Provinz nicht sehr beruhigend. In Newcaste hat sich nur ein geringer Teil der aussändigen Bahnhangestellten zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen. In Manchester wird ebenfalls weiter geistreift. Die Truppen verbleiben insogedessen bis auf weiteres in den betreffenden Orten stationiert.

Diplomatische Friedensreden und ihr wirklicher Hintergrund. Der französische Kriegsminister hielt am Sonntag in T r e v o u x eine Rede, worin er ohne irgendwelche direkte Auspielung auf die außerpolitischen Angelegenheiten erklärte, er habe nicht ohne Bedenken die schweren Verantwortungen seines Portefeuilles übernommen, aber er habe heute die Gewissheit, daß die Nation vollstes Vertrauen auf ihre Kraft und ihre Zukunft habe. F r a n c e i s e i e n f r i e d l i c h e N a t i o n , allein sie bleibe stolz auf ihre ruhmreiche Vergangenheit und denke nicht daran, auf eine ihrer großen Überlieferungen zu verzichten. Im Vertrauen auf sich selbst sei es allen Möglichkeiten des kommenden Tages gewachsen.

Gleichzeitig melden mehrere Blätter aus Cherbourg: Der Seepräfekt hat im Auftrage des Marineministers den Arsenalarbeitern bekannt gegeben, daß sie zur raschesten Instandsetzung der Untersee-Torpedoboote Überstunden zu machen hätten. Gleichzeitig wurde vier Unterseebooten, die im Hafen von Cherbourg Übungen vornahmen, der Befehl erteilt, unverzüglich nach Calais, ihrem ständigen Hafen, zurückzufahren.

Reform des spanischen Strafgesetzbuches. Der spanische

Reform des spanischen Strafgesetzbuches. Der spanische Ministerpräsident Canalejas, der seit einigen Monaten auch das Justizministerium inne hat, ist soeben mit der Ausarbeitung des Entwurfes zur Reform des bürgerlichen Strafgesetzbuches fertig geworden. Als grundsätzlicher Gegner der Todesstrafe schlägt er deren Abschaffung ebenso die Belebung der lebenslänglichen Einserfung vor. An ihrer Stelle soll bei schweren Verbrechen das bisher zulässige Maß der zeitlich begrenzten Zuchthausstrafe verlängert werden. Weiter sollen alle entehrenden Strafen, wie z. B. Degradation, in Zukunft nicht mehr angewendet werden; alles dies, wie Canalejas versichern läßt, damit dem Grundsatz, daß die verhängte Strafe zur Beiseitung des Verbrechens zu dienen habe, mehr als bisher entsprochen werde.

Parteianangelegenheiten.

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Argentinien, Hennig 5,—; Aachen-Stadt 111,04; Aachen-Land 91,60; Altona, 8. u. 10. Schl.-holst. Kr. 2852,—; Arnstadt (Wahlstr. Schwartzburg-Sondershausen) 162,51; Ahaus-Steinfurt 19,10; Alten, 13. württ. Kr. 19,08; Berlin-Groß, a Konto seiner acht Wahlkreise 20 000,—; Berlin, div. Beiträge 34,—; Breslauer Agitations-Bezirk, 2. Quart. 11. Wahlkreise: Guhrau-Steinam 4,76; Militz-Trebnitz 38,42; Groß-Wartenberg-Dels 21,76; Namdzau-Briza 74,12; Ohlau-Nimptsch 83,10; Breslau Ost und West 1667,80; Breslau Land-Pumariet 367,52; Neustadt i.O. 27,98; Neisse 7,80; Glogau 28,—; Liegnitz-Hähnau 547,88; ferner 1. Qu. 11. Wahlkreise Groß-Wartenberg-Dels 24,94; Neisse 8,40; Sa. 2603,28; Beuthen, Agit.-Bez. Oberhessen 2. Quart. 11. Wahlkreise: Kreuzburg-Mosenberg 4,30; Oppeln 2,95; Görlitz-Groß-Zeitzlich 4,10; Lublinz-Gleiwitz 12,—; Beuthen-Tarnowitz 93,82; Katowitz-Zabrze 69,35; Pleß-Rybnik 8,73; Nailov 21,50; Leobschütz 2,71; Summa 225,96; Desgleichen Binnenschiffer-Beiträge 66,40; Bremen 5098,23; Bernburg, Anhalt II 455,19; Bochum-Gelsenkirchen 1008,69; Brandenburg-Westhavelland 787,88; Braunschweig, 1. R.-W.-R. 1253,82; Braunschweig, 2. R.-W.-R. 158,84; Braunschweig, 3. Reichst.-Wahlstr., 145,44; Bremerhaven, 19. hannoverscher R.-W.-R. 649,73; Biberau, 16. württ. Kr. 21,10; Bauzen 546,—; Bern, P. L. 50,—; Köln a. Rh., Reg. W. 20,—; Crailsheim, 12. württ. R.-W.-R. 9,42; desgl. 11,46; Coburg 114,60; Cassel-Melsungen 753,72; Casseler Agit.-Bez., Wahlkreise: Rinteln-Hotzeismar 160,50; Friblat-Homberg 50,70; Eschwege-Eichsfeldalden 314,88; Hersfeld-Rothenburg 44,64; Waldeck-Pyrmont 35,34; Sa. 605,6; Trefeld 293,36; Köln a. Rh., Wahlkreisbeitrag, 1200,—; Coblenz-St. Goar 20,—; Cottbus-Toremberg 200,—; Dortmund-Höerde 1868,25; Düsseldorf 1303,84; Triesen, Kreis Almwelde-Hildeberg, Jahresbeitrag 1910/1911 76,—; Troppen (Ost- und West-Stern-

Vertrag 1813/1814, v. 1. Februar (Dr. und Prof. Dr. Berg) 15,60; Darmstadt-Groß-Gerau 406,05; Danzig, Agitatorien-Bezirk Westpreußen, Wahlkreise: Elbing-Marienburg 84,84; Danzig Land 61,76; Danzig Stadt 255,80; Neustadt-Karthaus 1,89; Bützen-Sürgard 5,—; Stuhm-Marienwerder 12,13; Brandenburg-Straßburg 43,57; Thorn-Kulm 6,99; Schwedt 4,28; Könitz-Tichel 2,20; Schlochau-Flatow 8,13; Deutsch-Krone 12,91, Ea. 498,96; Duisburg-Mülheim 693,37; Guslitschen-

legen 65,55; Schaumburg - Lippe 116,40; Stendal - Osterburg 213,-; Selingen 805,-; Schwenninger, 9. württembergischer R.-W.-R., 201,42; Stuttgart, Stadt und Umt. 1821,82; Saar Südbantern, Wahlkreise München I u. II 3031,54; Achbach 134,78; Ingolstadt 32,82; Wasserburg 19,50; Weilheim 111,40; Rosenheim 222,52; Traunstein 69,54; Landshut 62,34; Straubing 38,48; Passau 28,44; Münsterländchen 7,86; Teggendorf 10,14; Kehlheim 1,50; Augsburg 220,03; Donauwörth 10,86; Dillingen 11,88; Illertissen 31,20; Ruisbeuren 20,18; Immenstadt 114,78; Regensburg 110,88; Sa. 4283,65; Stockelsdorf, Fürstentum Oldenburg 349,55; Schleswig 181,06; Trier 14,-; Toluca (Mexiko) Gruppe deutscher Sozialdemokraten 185,92; Nelzen i. H. 95,75; Biersen, von einer lustigen Namenstag-Gesellschaft 2,35; Wurzen, 11. sächs. R.-W.-R., a Konto 600,-; Warburg-Pöhl, 7,55; Wittenberge (Westprignitz) 46,75; „Wahre Jakob“, „Neue Zeit“, „Gleichheit“ a Konto 20 000,-; Wetkla-Altenkirchen 84,80; Wermis-Heppenheim 129,-; Wolmirstedt-Neuhaltensleben 349,13; Wargleben 512,50; Weimar 256,18; Bittau 630,60; Zwiedau, 18. sächs. R.-W.-R., 1272,17; Züllichau-Krossen 100,42.

Infolge eines Druckfehlers sind im Juni unter Meissen anstatt 2560,- Mf. 25,60 Mf. quittiert worden.

Zahlungen für die Parteikasse können fünfzig auch an das
Postamt des U. Gerichts, H. Ebert, Berlin 7918 gehen.
Berlin, den 15. August 1911.

Berlin, den 15. August 1911.
Für den Parteivorstand: J. L. Fr. Ebert, Lindenstr. 3.

* * *

Es wird sich vielleicht für den Parteikassierer empfehlen, die Monatsquittungen, die ja immer mehr den ordentlichen Beitragsleistungen der Organisationen gelten, in tabellarischer, also viel übersichtlicher Form, aufzustellen. Aus dem gegenwärtigen Zahlenhaufen, der aus der Zeit der freiwilligen Beitragsleistung der einzelnen Orte entstammt, gewinnt man nur schwer ein übersichtliches Bild.

Der Protest der Berliner Sozialdemokratie gegen die Kriegsgeheber. Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins hielt Sonntag sein Generalversammlung ab. Die Generalversammlung nahm auch Stellung zur Marokkofrage. Das Referat hatte Redakteur Däumig vom „Vorwärts“. Er wandte sich scharf gegen die Kriegsgeheber und erklärte es für die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, dahin zu wirken, daß das Volk über das sinnlose Spiel, das mit ihm getrieben wird, volle Klüftlung erhalten und alles aufbiete, um den Krieg zu verhindern. Es sei gesagt worden, die Sozialdemokratien würden sich an einem Angriffskrieg nicht beteiligen. Wenn die

zu führen nach Deutschland rüthen, um hier Siegesfeier zu machen, dann würde jeder Sozialdemokrat die Fünfe auf den Rücken nehmen. Aber die Sozialdemokratie stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß sie keinen Krieg haben wolle, und werde alles tun, was in ihren Kräften sehe, um einen europäischen Krieg zu vermeiden. Denn der Krieg stesse in erster Linie die Arbeiterschaft, die mit Gut und Blut einzustehen habe. Dem gewaltigen wirtschaftlichen Schaden, der ungeheuren Not, die in der Gegenwart ein Krieg, der ein Weltkrieg sein werde, im Gefolge habe, müßten die entsprechenden Abwehrmittel gegenüberstehen, über die sich die Partei klar werden müsse. In diesem Zusammenhange gewinne der politische Massenstreik eine erhöhte Bedeutung. Die Parteiorganisation sei nicht nur ein Wahlkörper, sondern auch eine Kampforganisation.

„Ohne Diskussion über das Referat wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den neuesten Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie wendet sich ebenso sehr gegen eine Fes-
sezung in Marokko, wie gegen die Vergrößerung des deut-
schen Kolonialbesitzes durch ein unwürdiges Schachgeschäft.
Die Versammlung spricht die Überzeugung aus, daß weder
die deutsche Arbeiterschaft noch die deutsche Volkswirtschaft
durch neue koloniale Erwerbungen Vorteil haben, daß vielmehr
durch solche die Lasten des Volkes vermehrt und unabsehbare
Konfliktsgefahren geschaffen werden. Mit der größten Ent-
rüstung wendet sich die Versammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eigennutz oder um ihre Verbrechen
in der inneren Politik zu verschleiern, das hinterhältige Vor-
gehen der Diplomatie benutzen, um Deutschland in einen
europäischen Krieg hineinzuhiezen. Die Versammlung
erklärt im Namen der gesamten Berliner Arbeiterschaft, daß sie
allen verbrecherischen Versuchen, die darauf hinauslaufen, Krieg,
Blutvergießen und Vernichtung des National-Wohlstandes über
die Nationen zu bringen, mit allen zu Gebote stehen-
den Mitteln entgegentreten wird. Die Versammlung
spricht ferner ihren Willen darüber aus, daß die deut-
sche Regierung die Entscheidung über die wichtigen und fol-
genschweren Fragen der Politik in die Hände einer kleinen An-
zahl von Diplomaten legt, und die betusene Vertretung des
Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die
Versammlung verlangt, daß das Volk selbst und seine parla-
mentarische Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden
Fragen zu entscheiden hat, und daß nicht Diplomaten-In-
trigen und aboluziösischer Willkür Deutschlands Geschicke be-
stimmen. Die Versammlung bekennst sich rücksichtslos zu den
Forderungen der internationalen Solidarität und schließt sich
daher allen Friedenskundgebungen und Friedensbestrebungen
der französischen, englischen und französischen Arbeiter an."

Die Berliner Scharfmacherpresse, allen voran die „Berliner Neuesten Nachrichten“, suchen den Protest der Groß-Berliner Parteigenossen wieder für ihre unsauberen Zwecke auszuschleichen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ faseln von „Hochverrat“, ohne daß sie sich die Mühe nehmen, diese Infamie in irgend einer Weise zu begründen. Wie heute die politischen Verhältnisse liegen, ist es kein Wunder, daß die Zentrumspresse den Scharfmachern hilfreich unter die Arme greift. Eins der schäbigsten Zentrumsblätter, die „Märkische Volkszeitung“, überschreibt ihren Artikel auch „Volksverteidigerische Pläne der Sozialdemokraten“. Das ist natürlich alles Unsinn. Der Protest der Berliner Genossen ist nichts anderes, als eine Abwehr gegen die Kriegshäher, die angesichts der Unterbrechungen der Marollo-Affäre übermütiger denn je geworden sind. Hassen sie doch, daß die Unterbrechung das Vorhandensein unüberwindlicher Schwierigkeiten andeutet, so daß der aus Geschäftsrücksichten so lang ersehnte Krieg doch noch in greifbare Nähe trate. Dieser unverschämten Gesellschaft gegenüber, denen Volkswohl und Volksblut gleichgültig ist, die ihrem Profit alles, auch die Sicherheit des Vaterlandes zu opfern bereit sind, ist die schärfste Abwehr geboten und nichts anderes war der sozialdemokratische Protest. Wenn Scharfmacher im Vereine mit Panzerplatten- und Kanonenlieferanten hofften, hier einmal im Trüben fischen zu können, so irren sie sich. Das Volk durchdringt die Neugierlunde und läßt sich nicht täuschen.

Das Ausschlussverfahren gegen Genossen Hildebrand.
Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins in Solingen beschloß, das Verfahren auf Ausschluß Gerhard Hildebrands aus der Partei einzuleiten. — Warum geht Hildebrand nicht selbst, wenn er schon innerlich nicht zur Partei gehört?

Sozialismus im Goldgebiet. Das Parteibureau in Chicago wurde von den Genossen in Wiesbaden um die Abfassung eines Organisators zu einer Agitationsschrift im Etschland ersucht. Gleichzeitig trafen 107 Dollars in Wiesbaden ein.

1. Beilage zu Nr. 196 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 23. August 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. August.

Geschichtskalender.

23. August.

1486 Ende des Hussiten-Krieges.

1907 Wilh. Schmidt, Frankfurt a. M. †.

Der fünfte Frauen-Abend

des sozialdemokratischen Vereins Breslau, war wie seine Vorgänger, verhältnismäßig gut besucht, wodurch am besten bewiesen wird, daß er notwendig ist. Neben den belehrenden Vorträgen führte diesmal die Frauen-Konferenz in Jena zu einer regen Ausprache, besonders jedoch die Milchverteilung, die in Breslau vor kurzem eingetreten ist. Man empfahl eine Einschränkung des Milchverbrauchs, die Verwendung von kondensierter Milch, dann aber auch Protest-Versammlungen, wo gegen die Preiserhöhung gewirkt werden soll. Es sind uns folgende Einzelberichte zugegangen:

Im Gewerkschaftshause, wo jetzt die Genossinnen aus der Ohlauer Vorstadt, der Scheitniger Vorstadt und dem Innern der Stadt zusammenkommen, waren 50 Frauen und Männer anwesend, vor denen die Genossin Rehrens einen Vortrag über "Die Frau und den Sozialismus" holt; ihre Ausführungen wurden sehr auffällig aufgenommen. Eine Ausprache folgte nicht. Mit der Vertretung auf der diesjährigen Frauenkonferenz durch die Genossen Müller und Tieke erklärte man sich einverstanden. Zum Schlüß wurden einige Lieder gesungen, die den Frauenabend angenehm abgeschlossen.

Der Frauenabend im Oderktor bei Baum war von 50 Frauen und 10 Männern besucht. Genosse Nabold hielt einen Vortrag über den Sinn des Lebens. Nach dem Vortrag beschäftigten sich die Genossinnen mit den diesjährigen Frauenkonferenz. Einstimmg wurde geübt, die Parteitagsdelegierten Müller und Tieke an der Frauenkonferenz teilnehmen zu lassen, da die schlesischen Frauen eigene Delegierte nicht gewählt haben. Genossin Schramm machte dann auf die Milchpreiserhöhung aufmerksam und ledauerlich, daß der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins es unterlassen habe, eine Protestversammlung einzuberufen. Sie handelte damit den lebhaften Beifall der Genossinnen. Ein angenommener Antrag beantragte den Vorstand, das Versäumte schleunigst nachzuholen. Weiter wurde noch ein Antrag angenommen, der an die Preiskommission gerichtet ist und der die "Volkswacht" erfordert, mehr Artikel über die Frauenbewegung zu veröffentlichen. Mit dem Gefang der "Internationale" schloß gegen 11 Uhr die anregende Versammlung.

In den "Amorsälen" in Böckwitz hatten sich 40 Frauen und Mädchen eingefunden. Genosse Schüh sprach über das Thema: "Die Frau und der Sozialismus". Der Redner schilderte, wie die Frau zu allen Zeiten als untergeordnetes Geschöpf behandelt und zurückgejagt worden ist. Die moderne Produktion aber hat auch hier unverzüglich gewirkt, denn die Frau spielt im heutigen Produktionsprozeß eine recht bedeutende Rolle. Der Sozialismus ist es allein, der die Frau aus der bisherigen Rechtslosigkeit befreien will. Das Parteiprogramm ist gewiß dafür, daß es der Sozialdemokratie ernst mit diesen Bestrebungen ist, und wir werden nicht eher ruhen, bis auch den Frauen das gleiche Recht erkämpft sein wird und der gemeinsam geführte Befreiungskampf uns den Sieg auf der ganzen Linie gebracht hat. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Die Versammlung wurde nach einigen geschäftlichen Mitteilungen mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Den Frauenabend im Schreiberhof, der von 63 Genossinnen und 10 Genossen besucht war, leitete die Genossin Kucher. Hier sprach Genosse Th. Müller über die "Schule von der Sozialdemokratie", worin er lebhaften Beifall erntete. Genossin Fräulein Kasparek sprach in der Diskussion recht wertvoll im Sinne des Referenten. Dann erläuterte Genosse Müller eingehend die Tagesordnung der Frauen-Konferenz in Jena. Es wurde beschlossen, die beiden Delegierten zum Parteitag, die Genossen Th. Müller und Tieke, mit der Vertretung der Breslauer Genossinnen auf der Konferenz zu beauftragen. Der Bericht über die Verhandlungen soll in einer allgemeinen Frauen-Ver-

sammlung gegeben werden. Eine rege Debatte zeigte die eingetretene Milchverteilung. Genosse Müller gab die Gründe bekannt, die die hiesigen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen veranlaßt haben, von einem Milchtriege abzusehen. Die Versammlung war damit einverstanden, versprach aber, den Milchkonsum nach Möglichkeit einzuschränken. Gegen 10 Uhr erreichte der anregend verlaufene Frauenabend sein Ende.

In der Zusammenkunft der weiblichen Mitglieder der Gräbchen-Vorstadt, die bei Wilde stattfand, hatten sich 44 Frauen eingefunden. Genossin Lawotzki hielt einen inspirierenden Vortrag über: "Die Frauen und die bevorstehenden politischen Kämpfe", der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Nach einer kurzen Debatte stand die Versammlung noch vor 10 Uhr ihr Ende. Vor dem Auseinandergehen sangen die Genossinnen gemeinschaftlich das Lied der Arbeitsmänner und die Marschallade.

Der Frauenabend für das Schweißnicher Tor bei Spelsberg, Neudorfstraße 66, war nur von 18 Genossinnen und 3 Genossen besucht, also verhältnismäßig schwach. Der Vortrag des Genossen Meukirch über die Fürsorge erzielte keinen Beifall; er wurde sehr aufmerksam angehört und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Man verhandelte dann kurz über die Tagesordnung der Frauenkonferenz in Jena und die Milchverteilung, wobei besonders berichtet wurde, daß die kondensierte Milch des Konsumvereins "Vorwärts" mehr gezaust werden sollte.

In dem Lokale Schönstraße waren etwa dreißig Frauen und Mädchen und einige Männer versammelt. Der Vortrag des Genossen Weikert über den Schnapsbomhoff wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und die rege Ausprache über den Konsumverein und die Milchverteilung zeigte, daß auch bei uns der Frauen-Abend eine Notwendigkeit ist.

Zeitung des deutschen Arbeitsmarktes.

Die Arbeitermarkt-Korrespondenz schreibt: Der Monat Juli hat für den deutschen Arbeitsmarkt eine kleine Erhöhung des Andrangs gebracht, die aber angeht des sonst recht günstigen Gepräges des Arbeitsmarktes von seiner Bedeutung ist. Seit 1896 gab es überhaupt nur drei Jahre, in denen der Juli einen niedrigeren Andrang gebracht hatte als das laufende Jahr. Das waren die Jahre 1899, 1903 und 1906. An vierter Stelle in diesem schiefen jährigen Zerlauf steht das Jahr 1911. Nach den Berichten der öffentlichen Arbeiterachweise an den "Arbeitsmarkt" stellt sich der Antriang im Monat Juli auf 111,0 gegen 110,2 im Juni und gegen 121,0 im Juli 1910. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Nachfrage wesentlich stärker zugenommen als das Angebot. Daß in den Gebieten mit vorherrschender Landwirtschaft der Antriang besonders kräftig zurückging, erklärt sich aus der im Juli beginnenden Hochsaison in der Landwirtschaft. Von den verschiedenen hauptsächlichen Gewerbegruppen zeigte sich eine Erhaltung des Geschäftsganges im Textilgewerbe. In anderen Gewerben wurde die Beschäftigungsgesellschaft gegen Ende des Monats durch die Wirkungen der Hitze etwas beeinträchtigt, so im Binnenschiffahrtseverkehr und in solchen Betrieben, die auf Wasserkraft angewiesen sind. Im übrigen war die Arbeitsgelegenheit in den gewerblichen Betrieben reichlich, der Bergbau, die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie ließen keine Erhaltung erkennen. Sehr günstig beeinflußt wurde der Arbeitsmarkt im Juli durch die Reise- und Kurssaison, die zahlreiche Hände von den Großstädten aufs Land ablenkte, wodurch eine Abnahme des Angebots bewirkt wurde. Auch auf den Arbeitsmarkt der häuslichen Dienstboten wirkte die Reiseaison merklich ein, indem die starke Nachfrage nachließ. Für die Monate August und September ist mit einer weiteren Besserung des gewerblichen Arbeitsmarktes zu rechnen, da die Herbstnachfrage schon im August einsetzt.

Die Rente entzogen!

Unter dem Invaliden-Versicherungsgesetz vom Jahre 1900, das für die Bewilligung von Renten günstiger

als das alte Gesetz vom Jahre 1899 ist, werden freilich nicht mehr, sondern weniger Invalidenrenten gewährt. Wie das möglich ist, zeigt wieder folgender Fall, über den das Reichs-Versicherungsamt in Berlin jüngst entschieden hat:

Ein Schriftsteller hatte eine Zeitlang Rente erhalten. Das Schiedsgericht hatte ihm die Rente belassen, obwohl er neun Monate den Mindestlohn bei Ausübung seiner Berufstätigkeit verdient hatte. Das Schiedsgericht hatte die von der Versicherungsanstalt auch in Übereinstimmung mit der unteren Verwaltungs-Behörde angenommene weinige Besserung auf Grund des von dem Renten-Empfänger beigebrachten ärztlichen Alters verneint und der Antrag auf Rentenentziehung abgelehnt. Der Art hat sich dafür ausgezeichnet. Gegenüber der Zeit der Rentengewährung sei allerdings eine erhebliche Besserung eingetreten, und er glaube, daß der Schriftsteller in der Lage sei, etwas über ein Drittel zu verdienen. Er habe aber die Ansicht, daß bei einer weiteren schlechter Ernährung, nach Entziehung der Rente wahrscheinlich die fortbestehende Neuauflage in absehbarer Zeit schlechter werden und das Lungenselbst wieder eine Verkümmern erfährt würde, sodaß es sich im ganzen doch mehr für die Verhinderung der Rente aussprechen möchte. Das Schiedsgericht ist nach diesen Ausführungen der Ansicht gewesen, daß die gegenwärtigen förderlichen Verhältnisse des Klägers noch nicht so weit festgestellt seien, daß mit einer andauernden Erwerbsfähigkeit gerechnet werden könnte. Gegen diese Entscheidung hat die Landesversicherungsanstalt Revision eingelegt und das Reichsversicherungsamt hat die Entscheidung des Schiedsgerichts aufgehoben und den Renten-Entziehungsberechtigte wiederhergestellt.

"Ein lächerlicher Zustand," sagt das Reichsversicherungsamt, der einen Verlierer an sich bezeichnet, die gesetzliche Mindestrentengrenze zu erreichen, kann allerdings dazu führen, den Verlierer trotzdem als erwerbsfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes zu behandeln, aber nur dann, wenn der Verlierer seine Sache läuft, durch die Berichtigung der ihm den Mindestverdienst sichernde Arbeit die Erwerbsfähigkeit wieder zu verlieren. Die Besorgnis, daß die Erwerbsfähigkeit nicht von Dauer sein werde, genügt nicht für die Feststellung der Fortdauer der Erwerbsfähigkeit, auch wenn die Verlängerung auf den Mangel an ausreichender Festigung der förderlichen Verhältnisse gestützt wird. Nur wenn sich zeigen läßt, daß nach menschlichem Ermessens die Wiederaufnahme oder die Fortsetzung der Arbeit den Verlust der Erwerbsfähigkeit aufheben werden und eine Fortdauer der Erwerbsfähigkeit angenommen werden können."

Der langen Rede tut's Sinn ist der, daß es keine Rente gibt, weil der Rentenempfänger im Augenblick "erwerbsfähig im Sinne des Invaliden-Versicherungsgesetzes" sein soll. Und so wie in diesem einen Falle geht's in vielen tausend anderen. Zeigt sich bei einem armen Invaliden irgend eine "Besserung", dann wird die Rente entzogen, und er mag sehen, wie er sich durchs Leben quält. Das nennt man "soziale Fürsorge", die einzige in der Welt dasteht.

Wieder gegen die roten Kranzschleifen.

Was die Breslauer Polizei bei der Beerdigung unseres Gen. Cohn begonnen hat, das sieht sie jetzt mutter fort; sie geht mit Gewalt gegen die roten Kranzschleifen vor und sorgt so dafür, daß sich immer weitere Kreise mit ihrem unverständlichen Tun beschäftigen. Sonntag nachmittag wurde von der Westendstraße aus der Buchdrucker, Genosse Rauchenseis beerdig. Etwa 300 Personen, Verwandte, Freunde, Kollegen und Genossen, hatten sich eingefunden, die dem Toten das letzte Geleit gaben. Die Polizei war selbstverständlich auch vertreten. Als der Sarg auf den Leichenwagen gehoben wird und ein Genosse mit einem schönen Kranze vor den Leichenwagen tritt, kommt an ihn der Polizeioffizial heran und fordert ihn auf, die rote Schleife zu entfernen. Der Kranzträger weigert sich mit Recht, die Auseinandersetzungen mit der Polizei werden von den Umstehenden bemerkt, und wie aus einem Mund halbt ein fröhliches Pfui durch die Straße, das in

Bis zum 20. Lebensjahr war er Arbeiter in einem Sägewerk, dann wurde er Kontorist, Buchhalter und erhielt mit 28 Jahren Universitätsstudent. Der greise Gelehrte wurde während der Arbeit an einem neuen Werk von einem Herzschlag getroffen.

"Unsichtliche" Garberobe. Kürzlich wurde, wie wir in der "Bad. Landeszeitg." lesen, aus Stecklingen bei Radolfzell berichtet, daß ein Dienstmädchen, das auf dem Schloß des Freiherrn v. Eichholz gebraut ist (also in einem streng katholischen Zentrumseigentum) vom Beichtvater nach Hause geschickt, um "sich anständig anzuziehen": das Mädchen trug eine weiße, leicht durchsichtige Bluse. Hierüber herrscht nun natürlich große Aufregung in der Zentrumspresse, die giftige "Pfui Teufel" über die liberalen Zeitungen häuft, die den Fall aufgenommen haben.

Ein nettes Gegenstück wird das "Augsb. Abendbl." aus einem anderen Teil der Bodenseeregion, nämlich aus Überlingen, berichtet. Dort wurde einem achtjährigen Schulladen, der bei der großen Hölle eine Matrosenbluse trug, verboten, diese Bluse zu tragen, nicht weil sie schlecht oder zerissen, nein, weil sie ausgeschritten war. (II) Als der Knabe anderen Tages doch wieder mit der Bluse kam und deshalb zur Rede gestellt wurde, sagte er nach Unterredung mit seiner Mutter, die Matrosen trügen auch solche Blusen, worauf ihm der Lehrer antwortete, er sei aber kein Matrose.

Den Schülerinnen der Realschule in Überlingen wurde verboten, in kurzen Strumpfen zur Schule zu kommen, weil das unsittlich sei; es ist ein direktes Verbot seitens des Schulleiters ergangen. Hierüber beschweren sich die Eltern beim Oberschulrat in Karlsruhe, worauf das Verbot aufgehoben werden mußte.

Selbstverständlich gehören die Schulmänner in Überlingen, die eine Matrosenbluse und Halbstrümpfe "unsittlich" finden, dem frommen Zentrum an.

Gibt es kein Schuhmittel gegen Leute mit perversem Schamgefühl und trankhaft erregter Phantasie?

Neben ein schweres Brennen auf Wald bei Solingen wird folgendes gemeldet: Einem Mädchen war eine Zunge in einen schon seit Jahren nicht mehr gebrauchten 10 bis 12 Meter tiefen Brunnen gefallen. Ein Klempnergelehrte erhob sich freundlicherweise, sie wiederzuholen, und stieg auf einer Leiter hinunter. Er wurde aber von giftigen Gasen betäubt und stürzte ab. Da die Überlebenden glaubten, er sei infolge eines Fehltritts verunglückt, folgte ein Schamhaftes, zwar angelebt, doch sonst ohne Gewalt

struktionsteile sich nur so senken können, daß über jeder Ecke ein zeltartiges Schuhdach entsteht, dessen Grundfläche so breit ist, daß sich bequem drei Menschen unter ihm aufhalten können. Der Eindruck führt den maßgebenden Behörden seinen Apparat selbst vor und sieht das Gebäude den stärksten Schwankungen aus, nachdem er selbst in der Ecke eines Raumes Platz genommen hatte. Aus der Zusammenfassung des übrigen aufsichtlich stabil erbauten Hauses ergoßt, hielt man ihn schon für verunglückt. Aber nach Wegräumen der Trümmer entdeckte man mit Erstaunen, daß der Ingenieur noch immer unverletzt in seiner Ecke saß. Er behauptet, auch zweitödliche leicht durchsichtige Bluse. Hierüber herrscht nun natürlich große Aufregung in der Zentrumspresse, die giftige "Pfui Teufel" über die liberalen Zeitungen häuft, die den Fall aufgenommen haben, wird, ist noch eine ungelöste Frage.

Aus aller Welt.

Dichter und Generalstreit. Man schreibt uns: Die jüngsten Vorfälle in England sind schon vor Jahren geschilbert worden. Ein Dichter war wieder ein Soher, nämlich der geniale William Morris, ein Sozialist, der in seinem Roman "Neues aus Niedersachsen" (deutsch von Paul Seeliger) in dem Kapitel "Wie der Umschwung eintrat" den Ausbruch des Generalstreiks und seine Folgen mit glorioser Phantasie beschreibt, als sei er dabei gewesen. Er verlegt ihn allerdings erst ins Jahr 1952. Der Eisenbahnerkampf stockte, die Telegraphendrähte wurden nicht bedient; Fleisch und Gemüse, das zu Markte gebracht worden war, blieb zusammengepackt liegen und war dem Verderben ausgesetzt; die Kaufleute von Familien aus dem Mittelstand, die für ihre nächste Möglichkeit gänglich von den Arbeitern abhängig waren, machten durch ihre tatkräftigen Mitglieder wütende Anstrengungen, sich die täglichen Bedürfnisse zu verschaffen usw. Es wird dann erzählt, wie zuerst die Streikenden, dann aber kräftige Leute aus den benachbarten Klassen die Bäckerläden plünderten, wie die Tory-Regierung, welche die liberale abließ, mit Waffengewalt nichts ausrichtet und endlich nach einem Bürgerkrieg die von einem "Wohlfahrtsauschluß" geleiteten Arbeiter den Sieg erringen und eine neue Gesellschaftsordnung einführen.

Vom Arbeiter zum Universitätsprofessor. Aus Christia- nia wird in einem Bericht: Heute ist im benachbarten Eidsvold der Professor an der hiesigen Universität, Dr. C. Lieblein im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war einer der bedeutendsten ägyptologen Europas und Berater mehrerer überall anerkannter Fachwerke. Merkwürdig ist sein Lebenslauf, der

allen Türen und Fenstern fortgesetzt wird. Man einigt sich schließlich mit der Polizei, daß der gefährliche Kranz in einer Druschke gefahren wird. Das geschieht auch. Inzwischen war aber der Zug in Bewegung gekommen und in demselben Augenblick kamen drei weitere Kränze mit roten Schleifen, außerdem noch Kränze, die Schleifen von anderer Farbe hatten, an die Spitze des Zuges, wovon die Beamten nichts merkten. Ungefört gings dann auf den Friedhof der freien Religionsgemeinde.

Das Vorgehen der Polizei gegen die roten Kranschleifen ist übrigens nicht allgemein, denn Sonntag vormittag in der Ohlauer Vorstadt sind bei der Beerdigung eines Genossen drei Kränze mit roten Schleifen unbeanstanden im Zuge gebracht worden. Was in dem einen Fall recht ist, ist doch gewiß in dem anderen Falle billig. Oder ist es die Absicht der Polizei, einmal Gewalt gegen die roten Schleifen zu gebrauchen und das andere Mal ruhig alles geschehen zu lassen, wie es sich nach unserer Ansicht gehört? Dadurch kann sie doch nur erreichen, daß ihr ganzes Auftreten bei den sozialdemokratischen Beerdigungen immer unverständlicher wird und alle Welt sich sagt daß die Polizei selbst nicht weiß, was sie will.

Zur rechten Zeit lesen wir in hiesigen Zeitungen, daß am Sonntag 6.00 Wallfahrt unter Gesang und Gebet mit Kreuz und Fahnen auf den Kapellenberg in Swistiz zogen. Ob die kommen Leute auch angehalten wurden, weil die rote Farbe bei ihnen vertreten war? Wir glauben es nicht, denn wo es sich um religiöse Übungen handelt, da kann auch die strenge Polizei nicht freundlich sein. Wenn aber bei den Sozialdemokraten ein bekannter Genosse stirbt und beerdigt wird, dann kommt, wie die Polizei im Falle Cohn sagt, ein „Aufzug auf Straßen und Wäldern“ und eine „Versammlung unter freiem Himmel“ zu stande, die beide genehmigt sein müssen. So ungefähr lautet ja auch der amtgerichtliche Strafbefehl über 10 Mk., den heut Gen. L. Müller erhielt. Man kann vorlänglich gespannt darauf sein, wie die Polizei dem Genossen Müller nachrichten will, daß er am 14. Juli bei der Beerdigung des Genossen Cohn einen Aufzug und eine Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet und geleistet hat.

Die Breslauer Polizei sollte doch endlich einsehen, daß solche Verfolgungen der Sozialdemokratie nicht schaden, sondern ihr den größten Nutzen bringen. Aber die Polizei war schon immer — selbstverständlich unabkönnig — unsere getreue Helferin; es liegt in ihrem Wesen, sie auch in Zukunft zu bleiben.

Die polizeiliche Milchkontrolle.

Der Verband deutscher Milchhändler-Vereine trat am Montag in Hannover zu seiner Generalversammlung zusammen, die von Delegierten aus allen Teilen Deutschlands bestellt ist. Die Verhandlungen verdienten wegen der Milchverordnung, die überall eingesetzt, erhöhte Ausmerksamkeit. Am ersten Tage sprach der Rechtschemiker Reich aus Berlin über die polizeiliche Milchkontrolle in Stadt und Land. Er schreibt unter anderem aus:

Als grundlegende Forderung wünschen wir den Ertrag eines einheitlichen Milchgesetzes. Es ist hohe Zeit, daß der lange ungetreute Zustand der Milchkontrolle, der nur Vorteile des Milchhändlers, oder nicht des Produzenten leistet, endlich ein Ende nimmt. Diese Forderung entscheidender Gerechtigkeit ist aber nur die eine Seite der Frage. Schwerwiegender ist die erneute Bedeutung der Stallkontrolle für die Güte der Milch in gewerblicher Beziehung, und demzufolge für den Kampf gegen die Sauglingsgefährlichkeit. Der Minister hat erklärt, daß die staatliche Kontrolle an der Produktionsstätte als finanzielle und technische Gründe unausführbar wäre. Bei der großen Bedeutung dieser Forderung für unser Volkswohl ist ihre Erfüllung Millionen wert. Millionen kosten auch unsere Kriegsführung und diese brauchen Ressourcen. Nehmen wir uns in Acht, daß uns diese Ressourcen nicht bereit ist der Siege wegwerfen. Der Redner erörtert dann die Einzelheiten des geforderten Rechts-Milchgesetzes.

An den Abend folgt für eine lebhafte Debatte. Der Verbandsitag nahm zu der Frage eine Resolution an, in der zunächst das Bedauern ausgedrückt wird, daß die jahrelangen Bemühungen um eine rechtsgerichtliche Regelung des Milchvertrages bis jetzt vergeblich gewesen seien. Der Verband erläutert ferner,

Kameraden. Es gelang ihm, den Ohnmächtigen anzuspielen, aber beim Hinaufziehen riss der Strick und inzwischen übten die Gäste auch ihre Wirkung auf den Redner aus. Nun machte in edler Selbstausförderung der Klempnermeister den Versuch zur raschen Aktion, doch auch er teilte das Schicksal der anderen. Die Bergungslüden wurden — wie gemeldet — von dem Polizei-geganten Werner, der einen Sauerstoffhelm angelegt hatte, aus der Tiefe herausgeholt. Von vier Herren sofort angestellte Rettungsversuche hatten leider keinen Erfolg. Von den Toten waren zwei verheiratet und Väter unverheirateter Kinder, der Klempnermeister war erst 22 Jahre alt und wollte sich dem Tod verehren.

Die Teilnahme mit den Familien ist groß, zumal das ganze Unglück durch jäh einen geringsfügigen Gegenstand hervorgerufen worden ist.

Wieder ein Dilettant im Berliner Straßengericht. Im August erhielten wir in Berlin, in dem, wie erinnerlich, vor einigen Monaten eine Schadensvalette geflossen wurde, am Sonntag kurz vor Schluss der Bechtszeit ebenfalls ein Dilettant verurteilt worden. Er wurde von dem Diensthabenden Richter entdeckt. Aus dem sogenannten Dienstbeamtenkamm war ein 55 cm im Umbrum messendes Gefäßstück aus dem 17. Jahrhundert entnommen worden, das einen erstaunlichen Kunst- und Geschichtswert besaß. Der Richter muß kurz vor Schluss der Bechtszeit, die Sonntage von 12 Uhr bis 6 Uhr abends dauert, verbiß weiter hin. Von dem Richter hat man bis jetzt keine Spur. Die fiktivisch rezipierte Gefäßmarke ist ein Ritterbügel aus verarbeiteter Wolle. Auf ihm sind die Figuren eines Ritters und einer Dame dargestellt, zwischen denen Gott Amor steht. Die Unterkante besteht aus bändern Blüten, die in farbigen Tönen auf blauem Untergrund liegen. Separeiert ist der Ritterbügel mit den Buchstaben „A. M. P.“ und der Jahreszahl 1651. Das Gefäß ist eine sinnliche Arbeit und nur in einem Spezialist vorhanden. Der Richter muß den Wert des Gefäßes zu bemüthen versucht haben.

Einiges Wissenswertes bei Seite 2, 2. Seite. Ein mit fünf Personen besetztes Automobil verunfallte in der Nacht zum Sonntag bei 22 nahe bei Böhlis Durchgang der Steuerung. Das Fahrzeug stürzte in einen Kanalgraben und wurde zerstört. Eine Person, die Schauspielerin Sophie von Haller, starb in die Stütze gespannt, eine zweite Dame und ein Kind starben leicht verletzt.

dass finanzielle und technische Bedenken gegen die Einführung dieser Kontrolle im Geiste zu der Einschätzung des Landwirtschaftsministers nicht vorhanden sind. Spinditus Schneider (Leipzig) stellte für die Konzessionierung des Milchhandels eine Reihe von Vorschlägen auf, in denen unter anderem heißt: Der Verbandsstag fordert, daß das neue Nahrungsmittelgesetz den gewerbsmäßigen Verkauf von Milch von der Genehmigung der Behörden abhängig mache und bereits bestehende Betriebe wenn nötig untersage. Die Genehmigung sei zu versagen, wenn die Tatsache der Unzuverlässigkeit des Händlers vorliege.

* Zum Glaserstreik wird uns mitgeteilt, daß eine Gehilfenversammlung Sonnabend tagte, die beschlossen hat, die Unternehmer nur noch von der Lohnkommission einzuladen und mit ihnen einzeln zu verhandeln. Zu diesem Zwecke wird heut Dienstag abend eine Versammlung im Glassaal des Pariser Garten abgehalten. Ferner ist zu berichten, daß bei Sabath u. Walter die Lehrlinge über Mittag arbeiten müssen und als Mittagessen Wurst und Brot bekommen. Die Firma Viehan hat den drei Haushältern zugelegt und bildet sie unter Leitung des Arbeitswilligen Bruno Giszel zu Glasern aus. Diese Firma hat einen Schulabschlußbau in Rothschen von Giszel, einem Haushälter und dem Lehrling verglasten lassen. Wie die Arbeit aussehen mag, kann man sich denken. Der Arbeitswillige Max Leberer bei der Firma O. Ehrbeck arbeitet abends nach Feierabend noch bei der Firma H. Ostwald, Alsenstraße.

* Achtung, Bauarbeiter-Verband. Der Unternehmer Hode verlachte auf der Baustelle Kovitschstraße, den Arbeitern ihren tariflichen Lohn zu füren. Da sie dagegen Einspruch erhoben, zahlte ihnen Hode zwar den Fehlbetrag nach, entließ sie aber. Der Ortsverwaltung, die vermitteln wollte, erklärte Hode, er brauche keinen Notrund. Die Baustelle ist bis auf Weiteres gesperrt.

* Achtung, Bauarbeiter. Die Arbeiter der Firma Alfred Drahmel-Günnerdorff, beschäftigt bei dem Neubau von Stöckel in Hirschberg, haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Sie wurden menschenunwürdig behandelt. Es kommen 20 Arbeiter und 6 Zimmerleute in Betracht. Wir bitten die Bauarbeiter, dies zu beachten und für Fernhaltung des Zugangs zu sorgen.

* Zum Streik der Feilenhauer. Zum Bericht über die Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht in der gestrigen Nummer wird uns berichtigend mitgeteilt, daß die drei angeblich Verfeindeten nicht Feilenhauer, sondern Arbeiter aus Rosenthal sind.

* Achtung, Packer! Nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr, im Zimmer 1 des Gewerbehäuses Vertrauensmänner-Sitzung. Jede Innens- und Außenpackerin ist verpflichtet einen Vertreter zu schicken.

* Achtung, Porzellanarbeiter! Bei der Firma Thamburg u. Söhne, Margaretenhütte in Löbau, stehen seit dem 5. August die Kollegen im Streik. Die Firma sucht in bürgerlichen Blättern Streitkasper, was zu beachten ist. Buzug ist fernzuhalten.

* Verpansche Milch. Die Milch, die ohnehin schon teuer genug verloren wird, verfälschen manche Milchhändler noch dadurch, daß sie ihr gehörige Wasser zugeben. Es ist deshalb nur zu begüten, wenn die Polizei tüchtig dahinter ist, um solchen Milchveräußerern die Lust zum Bankett zu verhindern. Am 6. Mai 1911 fand ein Beamter der Gewerbeabteilung des Breslauer Polizeiviertels beim Kleinbäcker Dobrowolski in Vollmilch, die sehr „getaut“ aussah. Eine Probe ergab bei der chemischen Untersuchung einen Fettgehalt von nur 2,20 Prozent, während nach der Polizeiverordnung Vollmilch mindestens 2,70 Prozent Fettgehalt haben muß. Am folgenden Morgen wurde darauf der Bogen der Milchbäckerei, der Großbäckerei Betschdorf angehauen, als er bei dem Händler vorfuhr, und aus jedem der darin liegenden Milchgefäßen eine Probe entnommen. Jetzt hatte die Milch in einigen Gefäßen den vorrichtsmäßigen Fettgehalt gehabt, in den anderen fanden sich dagegen nur 2,40 Prozent. Die Folge waren zwei polizeiliche Strafverfahren von je 5 Mark wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz. Frau Bernhard berührte sich bei dem Strafbefehl, Doberweski aber verlangte eine gerichtliche Entscheidung. Er gab vor dem Breslauer Schöffengericht an, die Milch so verkauft zu haben, wie er sie von der Frau Bernhard bekommen habe. Das konnte ihn aber

vor Bestrafung nicht schützen, weil es seine Pflicht gewesen wäre die Milch noch vor dem Verkauf an das Publikum an ihren Fettgehalt zu prüfen. Allerdings ist das nur ein fahrlässiges Vergehen, weshalb die Strafe auf 3 Mark herabgesetzt wurde. Zur Untersuchung der Milch genügt für jeden Milchhändler die sogenannte „Milchpinde“, die aber trotz der geringen Kosten nur bei wenigen Milchhändlern zu finden ist.

* Verschimmelte Fleischwurst. Vor der Breslauer Ferienstrassenkasse hatte sich der Fleischermeister Johann Gogolin in Breslau zu verantworten, weil der Polizeierricht Dr. Hoffmann am 19. Mai 1911 eine verschimmelte Fleischwurst in seinem Laden beschlagnahmt hatte. Bei der mikroskopischen Untersuchung wurde festgestellt, daß sich der grünlich rosé Schimmel bereits durch die Wursthaut durchgesessen und die Füllung zum Gemüse für Menschen untauglich gemacht hatte. Weil der Beschuldigte wegen eines ähnlichen Vorganges gegen das Nahrungsmittelgesetz schon bestraft ist, beantragte der Staatsanwalt 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht setzte die Strafe auf 30 Mark fest. Wie Dr. Hoffmann bemerkte, ist es eine grobe Nachlässigkeit vieler Fleischermeister, wenn sie den sich auf der Wurst bildenden Schimmel nicht rechtzeitig abwaschen, wodurch sie sich nicht nur selbst schädigen, sondern auch strafbar machen.

* Die Lehrlingserhältlichkeit in der Damenschneiderei. Gewöhnlich wird die Lehrzeit in der Damenschneiderei auf sechs Wochen festgesetzt. Daß diese kurze Zeit nicht ausreicht, selbst ein geschicktes Mädchen in der Damenschneiderei so auszubilden, daß es sein Brot damit verdienen kann, ist jedem einleuchtend. Es entstehen in den häufigsten Fällen Streitigkeiten, die vor dem Gewerbege richt ausgetragen werden. Richtig lag wieder ein solcher Fall vor. Ein Mädchen klagte im Beistande der Mutter gegen eine Modistin auf Entziehung des gehobenen Lehrgeldes von 10 Mark. Die Klägerin behauptete, die Verlage hätte sich verpflichtet, in sechs Monaten ihr die Schneiderei zu lehren und nachher auch das Friseurden. Auch sollte sie ein Probelied ansetzen dürfen. Sie habe aber nur Knöpfe, Häkchen und Ösen angenährt, sonst aber nichts in die Hände bekommen. Die Verlage führte an, das Mädchen sei in allem unterwiesen worden. Das Friseurden sei ihm deshalb nicht gelebt worden, weil es den Rest des Lehrgeldes nicht gezahlt und sich ungebührlich betragen habe. Die Klägerin hatte statt 25 Mark nur 10 Mark gezahlt. Es wurden in der Sache mehrere Termine abgehalten. Der Streit endete schließlich mit einem Vergleich. Die Klägerin verzichtete auf die 10 Mark, die Verlage auf den Rest von 15 Mark.

* Musiker und Tanzsaalbesitzer. Zwei Musiker, die in einem Etablissement zum Tanz aufspielten, klagten gegen den Wirt auf Zahlung von 190 Mk. Sie behaupteten, an 19 Sonntagen geplündert zu haben, bei der Teilung des Gelbes aber zu kurz gekommen zu sein. Der Wirt habe sich außer der Tanzsteuer u. s. w. noch 10 Mk. für Saalbeleuchtung und den Portier abgezogen. Dieter Abzug sei nicht erlaubt; auch wären sie davon nicht benachrichtigt worden. Der Verklagte behauptete dagegen, daß die Kläger mit der Teilung einverstanden waren und niemals etwas dagegen eingewendet haben. Uebrigens sei der Wirt noch berechtigt, für die Beleuchtung und sonstigen Auslagen etwas von der Tanzannahme abzuziehen. Die Kläger verlangten die Vernehmung eines Sachverständigen über die Frage, ob es in Breslau üblich sei, daß der Saalhaber auch Abzüge für Beleuchtung machen könne. Das Gewerbege richt unterließ das und wies die Kläger kostenpflichtig ab. Das Gericht nahm an, daß die Kläger wohl wüßten, wofür die 7 Mk., die der Verklagte von der Tanzannahme jedesmal abzog, berechnet waren.

* Eine allgemeine Musiker-Versammlung tagte am Sonntag in Deutch-Lissa. Genoss Schumann in Breslau sprach über die Notwendigkeit der Organisation, worauf beschlossen wurde, eine Zahlstelle des Deutschen Centralverbandes für Bildmaler zu gründen. Alle Versammlungsbefürworter traten der neuen Zahlstelle sofort bei.

* Der Ballon „Windbraut“, der am Sonntag nachmittag 2 Uhr unter Führung des Herrn Ingenieurs Kleef in Breslau aufzuspielen war, landete gleich am gleichen Tage um 6 Uhr in Ratzdorf bei Breslau.

* Statistischer Wochenbericht. In der Woche vom 6. bis 12. August sind nach Zusammenstellungen des Statistischen Amtes Breslau 78 Leben hier geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 231 Kinder geboren, davon waren 219 ehelich, 62 unehelich, 272 lebendgeboren (131 m., 141 w.), 9 totgeboren (6 männl., 4 weibl.). Mit den nachträglich gemeldeten Fällen sind 23 Sterbefälle (159 männl., 124 weibl.), darunter waren 24 Ortsfremde in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 130 unter 1 Jahr alt (98 ehelich und 32 unehelich geboren). In Todesursachen lagen vor: Kindbettfeber 1, Masern 1, Diphterie 1, Keuchhusten 3, Tuberkulose 28, Krankheiten der Atmungsorgane 16, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 97, Schismord 5, Unfallsfälle 5 und alle übrigen Todesursachen 126. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphterie 12, Schatzlach 19, ägyptische Augenkrankheit 4, Wochenbettfeber 3, Unterleibsyphus 1.

Hoffentlich hat sich die holde Weiblichkeit der Stadt mittlerweile wieder von dem Gestöhne erholt, ohne daß es zu irgendwelchen Komplikationen gekommen ist. Wie wäre es denn, wenn der Mützenjüngling mit dem Schillerpreise beglückt würde.

Literatur.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrad.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 65. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pfennig. Broschüre und Prospekte kostenlos durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteur.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Kolporteur und Spediteure entgegen. Jargon. Unter diesem Titel bringt die soeben zur Ausgabe gelangte Nummer 53 der „Kommunale Praxis“ einen Zeitartikel, der sich mit dem „berühmten“ Berliner Polizeipräsidium im allgemeinen und mit dessen neuestem samten Schieberich im besonderen beschäftigt. In dem Artikel wird die Frage aufgeworfen, was die Berliner Stadtverwaltung gegen diese Verfüzung wie überhaupt gegen die Taten des Berliner Polizeipräsidiums zu unternehmen sei. Daß sich die Jagdparader über damals verhältnisse befindet, ist eine andere Sache. Jedenfalls steht fest, daß eine ganze Reihe feiner Regel bald vernichtet sein werden, wenn sie ihrem Zweck nicht ganz befriedigende Strafen gezwungen werden.

Die Sozialdemokratie im Urtheile ihrer Gegner. Von Dr. August Erdmann, 174 Seiten. Preis gebunden 2 Mark. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 65.

Dies Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt werden sind, und zwar sind es Urteile günstiger Art, die hier zusammengefaßt sind. Den agitatorisch, rednerisch und schriftstellerisch für die Partei tätigen Genossen dürfte mit diesem Buch eine ausgezeichnete Waffe in die Hand gegeben sein.

Sozialdemokrat und Sozialist. Von Georg Mechanew. Erstes durch ein Vorwort erneuerte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Preis 1 Mk. Auflage 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteur.

Schwere Misshandlungen österreichischer Soldaten. In Cortina im Ausseetal, wo gegenwärtig die österreichischen Männer von Truppenenteilen des 14. Korps stationiert sind, spielte sich ein austschreitender Vorfall ab. Österreichische Soldaten des 26. Infanterieregiments, das vorwiegend aus Tschechen besteht und Soldaten des deutschen 14. Infanterieregiments entstanden in Wissenshain blutige Raufereien. Nur fanden die Soldaten des tschechischen Regiments den Kampf auf dem Wieserfeld statt. Bei den letzten Lebungen fielen aus den Reihen des 26. Regiments gegen 14 schwere Schüsse, durch die aber angeblich niemand verletzt wurde. Einige Unterstübung ist einzelne. Die Toten wurden erst in diesem Jahrestraßen von Böhmen nach Tirol verlegt.

Ehre! Ehre! Ehre! Der Landwirtschaftsminister hat, der „Neuen Deutschen Correspondenz“ zuwige, in einer fürstlich ergänzenden Verfügung in Ergänzung seines Vogelschutz-Ediktes vom Jahre 1907 darauf hingewiesen, daß der Hahn, der nur noch leben vermöge, eines ganz bekannten Schuhes bedarf, wenn er nicht vollständig aussterben solle. Der Minister erachtet bestellt, zum Schutz des Hahns in geeigneter Weise des Erblandes zu veranlassen. Jagdelemente wie bspw. Jagdverbot zu ernehmen seien. Daß sich die Jagdpächter über damals verhältnisse befinden, ist eine andere Sache. Jedenfalls steht fest, daß eine ganze Reihe feiner Regel bald vernichtet sein werden, wenn sie ihrem Zweck nicht ganz befriedigende Strafen gezwungen werden.

Heimatliche Dichtung. Vor einiger Zeit stellte der deutsche Konsulat der Provinz Schlesien einen Beitrag ab und berührte auf seiner Fahrt auch die Stadt Niemtsch. Das weiterläufige Ereignis wurde in dem in Niemtsch erscheinenden „Siedler“ wie folgt beurteilt:

Ehre! Ehre! Ehre! — der Hahn hat sich entzweit —
O Freund! — der Hahn hat sich entzweit —
Der Schuhstand den Thron und Welt verschönget —
Der Schuhstand den Thron und jugendfreudlich lädt!
Ein' Stöckchen und hört mir was dor!
Freude! Freude! —
Der Schuhstand lädt, o daß ich's höhr!
Gern lädt zum Fest so freundlich lädt,
Der Schuhstand lädt und jugendfreudlich lädt!
Mein Reiseland, dann sei beklöst,
Der Schuhstand lädt jeder Freude sich freut,
Der Schuhstand lädt zum Fest so freundlich lädt!
Röhr'n:
Der Schuhstand lädt, o daß ich's höhr!

Die Seefischkochkurse, die mit Unterstützung des Magistrats in dieser Woche hier abgehalten werden, haben am Montag abend begonnen. Bei Anwesenheit des Oberbürgermeisters Dr. Bender wurde am Montag abend von 8 Uhr an in der städtischen Koch- und Haushaltungsschule, Sander-gässchen 4, der erste Kursus abgehalten, den der Vertreter des Deutschen Seefischerei-Vereins v. Gerhardt mit einem Vortrag einleitete. Er wies vor allem auf die Vorsätze hin, die der See-fisch für die Ernährung des Menschen bietet und legte im allgemeinen dar, wie der Fisch schmackhaft und in Verbindung mit anderen Nahrungsmitteln zubereitet werden kann, so daß er einen vollkommenen Ersatz für das Fleisch bieten könnte. Zu der um 9 Uhr abends anberaumten Kostprobe waren auch eine Anzahl Mütter erschienen und allen haben die Gerichte außerordentlich gut geschmeckt. Gleichzeitig werden solche Kurse auch in den Schulen Löschstraße 22 und Kirchstraße 1/2 abgehalten. Sie beginnen die ganze Woche hindurch allabendlich um 8 Uhr. Es halten sich schon vor Beginn der Kurse über 400 Frauen zur Teilnahme gemeldet, und es gehen fortgesetzt neue Meldungen ein.

Die Arbeiter-Sänger-Vereinigung von Breslau und Umgegend veranstaltete am vergangenen Sonntagnachmittag in den weiten Auslagen des letzten Hollers ein Begeisterungsfest, das bei dem schönen Wetter herausragend beleucht war. Das Instrumentalkonzert unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Müller wurde in allen Teilen tadellos ausgeführt und geblieben volle Anerkennung dem Leiter der Kapelle. Nebenbei dazwischen und natürlich erklangen die prächtigen Freiheitslieder und Massenchöre. Der Höhepunkt von Uthmann war eine vorzügliche Leistung, ebenso wie das Heimatslied "Mein Schlesien" von Schenk. Der Bundesdirigent Herr M. Vogel bewies durch seine umsichtige, kräftige Leitung, daß die Macht des Gesanges bei den Arbeiter-Sängern eine würdige Stätte gefunden hat. Es ist aber notwendig, daß die Sänger ihre Augen mehr auf den Dirigentenstuhl, als auf das Notenblatt richten, wodurch der Erfolg nur noch besser werden kann. Die Chöre der Unterbezirke 3 und 2 waren gute Leistungen, ebenso ist das schöne Lied "Der Wald", das der 1. Unterbezirk unter Leitung des Musikdirigenten Herrn Weißl sang, lobend hervorzuheben. Der Frauen- und Mädelchor "Großfürst" sang mit frische und Genauigkeit das Marschlied von Abt und entzückt überaus lebhafte Beifall, der ihn nötigte, eine Einlage zu geben, "Michels Sabel", ein allerliebstes netzliches und heiteres Liedchen. Die weiteren Massenchöre: Das heilige Neuer und zum Schluss die Marschallse mit Orchesterbegleitung übten eine große Wirkung auf die Zuhörer aus. Der Beifall, der nicht enden wollte, zwang zu einer Zugabe, die in der Internationalen mit Orchester wundervoll vorgetragen wurde. Die von der Festleitung veranstalteten Volksbelustigungen erfreuten sich lebhaften Zuspruchs und manche Feststellnehmer konnten mit ansehnlichen Preisen, die sie gewonnen hatten, nach Hause gehen. Am Kinderfackelzug, der von zwei Musikkapellen begleitet wurde, beteiligten sich über zweitausend Kinder, welche am Schluß ein begeistertes Hoch auf den deutschen Arbeiter-Sängerbund ausbrachten. Bei solchen schönen Festen sollten die Teilnehmer stets die größte Ruhe bewahren, damit das Konzert und die Gefänge in allen Teilen des Gartens gehört werden. Hoffentlich wird das in Zukunft beachtet.

Au die Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe. Donnerstag, den 24. August, nachts 12 Uhr, wird im Saale der Union-Hotel, Reuschstraße 51, eine öffentliche Prototyp-Versammlung abgehalten. Lageordnung: 1. Der Vortrag des Deutschen Kellnerbundes an der Breslauer Schillerschule. Referent: Kollege Kubil. 2. Freie Aussprache. Durch das Treiben des Deutschen Kellnerbundes scheiterte das Zustandekommen des paritätischen Arbeitsnachweises. Pflicht eines jeden im Gastwirtschaftsgewerbe Beschäftigten ist es deshalb, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Über die ärztliche Hilfsleistung auf den Unfallstationen der städtischen Feuerwehr hat die Breslauer städtische Gesundheitskommission folgende neuere Bestimmungen getroffen:

1. Bei Behandlung von Unglücksfällen auf den Unfallstationen der Feuerwehr ist in Fällen, bei denen sofortige ärztliche Hilfe nötig erscheint, einer der telefonisch angekündigten Ärzte herbeizuholen. Gelingt es nicht, einen dieser Ärzte zu erreichen, so ist irgend ein in der Nähe der Unfallstation wohnender Arzt herbeizuholen.

2. Falls ärztliche Hilfe in der Unfallstation nötig ist, soll dies dem Verletzten oder seinem Begleiter mitgeteilt werden. Ist der Verletzte bewußtlos oder bei unklarem Bewußtsein, so hat auf jeden Fall die Veranlassung ärztlicher Hilfe zu erfolgen, sonst nur, wenn kein Widerspruch erfolgt.

3. Die Kostenfrage ist erst nach Leistung der Hilfe zu erledigen. Der zugezogene Arzt erhält Auftrag, seine Rechnung nach dem Mindestlohn der amtlichen Gebührenordnung mit Angabe der benötigten Minuten dieser Ordnung der Verwaltung der Feuerwehr einzurichten, die sie zur Nachprüfung an den Stadtarzt weiterreicht. Dauer und Art der ärztlichen Hilfsleistung ist auf der Rechnung von der Verwaltung der Feuerwehr anzugeben, entsprechend den laufend geführten Listen der Unfallstationen.

4. Der Behandelte oder sein Begleiter ist nach der Hilfsleistung zu befragen, ob er einer zur Zahlung der Arztkosten verpflichteten Krankenkasse, Unfallversicherung usw. angehört, ob er selbst die Arztkosten bezahlen will, oder ob er Anspruch auf armenrechtliche Versorgung macht. Diese Feststellungen sind in eine Verhandlung aufzunehmen; sind sie nicht möglich, so sind sie später bei den Nachhörigen vorzunehmen.

5. Im übrigen übernimmt bei stützigen und unevidierten Fällen das Magistratsteueramt XV die weitere Bearbeitung der Angelegenheit.

6. Will der Behandelte den Arzt sofort bezahlen, so kann der Arzt den Betrag nach dem vorgelegten Sache sofort in Empfang nehmen, hat aber dann nachträglich die Rechnung mit Empfangsbefestigung in der vorgezeichneten Form der Vermahlung der Feuerwehr oder dem Stadtarzt einzureichen. Der in Frage kommende Betrag ist jogleich nach der Bezahlung in der Liste der Unfallstation zu vermerken.

7. Unfallbehandlung durch die Feuerwehr auf der Straße erfolgt nach den bisherigen Bestimmungen.

Von der Handwerksschule. Nach beendeter Renovation ist die Bücherei und das Lesezimmer der Handwerksschule, Blumenstraße 8, 2. Etg., wieder für das Publikum zugänglich. Sie ist außer Sonntags vormittags täglich von 8 bis 12 Uhr und am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag auch abends von 6½ bis 9½ Uhr geöffnet. Der Betrieb ist jedermann erlaubt. Die Bibliothek enthält eine reichhaltige Sammlung von Fachzeitschriften, Büchern und Tageszeitungen.

Am Strandbad wird seit Wochen gearbeitet. Gegenwärtig werden unmittelbar vor der Wehrkante mit zwei Dampfzäunen schmale eiserne Schleifen in den Grund getrieben, sodass zuletzt von einem Ufer zum anderen eine eiserne Schuhwand entsteht, die der Wehrkante und somit dem ganzen Wehr einen außerordentlichen Halt gibt.

Das Schwimmbad. Die Wege kurz vor der Schwimmerei werden mit Moosplatten belegt, damit die Staubentwicklung verringert wird, die an verkehrreichen Tagen sehr stark ist.

Die Platzgestaltung wird nun hinter der Ostfront

Opitz- und Rehbergerstraße entsteht ein neuer Schmuckplatz.

Sommer-Theater (Liebigs Etablissement). Heute Dienstag geht Richard Taegers dreiteilige Operette "Die Geige" zum vorletzten Male in Szene. Im Garten konzertiert das Breslauer Konzertorchester unter Leitung seines Dirigenten Händke. — Morgen Mittwoch die letzte Aufführung der Operette "Die Geige". — Donnerstag, den 24. August, geht zum ersten Male "Die Dame aus Trouville", Schwank mit Gesang und Tanz in drei Akten, nach dem französischen von Bertrand, Soulis und Tarantiere, deutsch von Maurice Rappoport, Musik von Gustav Wanda, in Szene. — Donnerstag, den 31. August: Schluss der Operettensaison und der Gartenkonzerte.

Konzert. Heute Dienstag konzertiert auf der Liebigs-höhe die Stadttheaterkapelle unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Rudolf Tissor. Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Gebrochener Gaslandelaber. Montag Abend konnte man an der Ecke Königgrätzer- und Neue Tauensteinstraße einen Gaslandelaber sehen, der am Fuße abgebrochen war und nun quer über dem Bürgersteig lag. Eine große Kinderfahrt hatte rings die Künste befehlt und harrte der Dinge, die da kommen sollten.

Im Untersuchungsgefängnis gestorben ist am Montag der dort eingelieferte Kutscher Fritz Bornit. Eine Herzähnigung führte unerwartet seinen Tod herbei. Die Leiche wurde in die Autokapf geschafft.

Schwerer Straßenunfall. Der Kutscher Müller, Bietenstraße 15, fuhr am Montag nachmittag gegen 2½ Uhr auf der Strechensstraße, Ecke Helmstraße, mit einem Wagen der Breslauer Metallgiesserei et al. etwa 5-jähriges Mädchen um. Vor Schreck und Aufregung darüber stürzte er selber vom Wagen und es ging ein Rad über ihn hinweg, wodurch er so schwer am Kopf verletzt wurde, daß er in das Venzel-Danke-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Dort war er bis zum Montagabend noch immer nicht vernehmungsfähig. Das ummauerte Mädchen dagegen, das man in das Krankenhaus "Bethesda" schaffte, hat ältere Verletzungen und anscheinend auch innere nicht erlitten, sodass man es sofort wieder seiner Mutter zurückgeben konnte.

Wasserrohrbruch. Montag vormittag, kurz nach 9 Uhr erfolgte ein Wasserrohrbruch im Keller des Hauses Albrechtstraße 44/45. Es wurden dadurch die tiefer gelegenen Keller des Grundstückes unter Wasser gelegt. Feuerwehrmannschaften sperrten die Rohrleitung ab und die einzelnen Kellerinhaber gingen daran, ihre Kellerräume auszupumpen zu lassen.

Durch einen Radfahrer umgefahren wurde am Sonnabend auf der Kohlenstraße ein Kaufmannslehrling, der dabei eine doppelte Knöchelverletzung erlitt und in das Allerheiligens-hospital überführt werden mußte.

Gefunden wurden ein blauer Damenschirm, zwei silberne Kettenarmbänder mit Anhängern, leichte Krägen und ein Paar Manschetten, ein Paar Noten, eine braune Handtasche mit Inhalt, ein Ring mit 6 kleinen Schlüsseln, ein goldenes Vincenz mit schwarzer Schnur und Futteral, ein schwarzes Portemonnaie mit Inhalt, ein schwarzer Reagenschirm mit silbernem Griff, eine Kinderhandtasche mit Inhalt.

Wegen eines Wiesenbrandes eilte die Feuerwehr am Montag mittag nach der Damstrasse, wo in der Nähe des Schießstandes Gras in Brand geraten war. Die Wehr löschte das Feuer in kurzer Zeit mit einem Schlauchganze.

Diebstähle. In der Nacht zum 8. August ist in Osmuth eine grauewie Ziege gestohlen worden, am 15. August aus der Seitenbude Friedrich-Wilhelmsstraße 10, ein Glasfaß mit Zoli-leitengegenständen.

Neueste Nachrichten.

Bom englischen Generalstreit.

London, 22. August. Der Verlust aus dem Güterverkehr infolge des Eisenbahnerstreiks beläuft sich bisher allein auf sechs Millionen und der Verlust an Dividenden auf vier Millionen Mark.

London, 22. August. Aus Liverpool wird gemeldet: Das Streik-Komitee erhielt am gestrigen Abend eine Verfügung, daß die Transportarbeiter heute nicht zur Arbeit zurückkehren sollen. Die Konferenzen dauern fort. Aus Nottingham wird gemeldet, daß dort sehr große Unzufriedenheit unter den Eisenbahnern herrscht. Es wurde beschlossen, den Streik dort fortzusetzen. 500 Mann Truppen wurden nach Shildon geschickt, wo ein Signalposten zerstört wurde.

London, 22. Aug. Infolge des Eisenbahnerstreiks wurden bisher während seiner nur zweitägigen Dauer 15 Personen getötet und 450 Personen schwer verletzt. 50.000 Soldaten wurden aufgeboten und 6000 Polizeibeamte von der Polizei eingezogen. Der Verlust der Eisenbahngesellschaften beträgt 14 Millionen Mark, der der Angestellten wird auf reichlich 4 Millionen geschätzt.

Zur Angelegenheit des Pfarrers Grandinger.

München, 22. August. Die Geschäftsstelle der National-liberalen Landespartei Bayerns betont in einer öffentlichen Bekanntgabe, daß es nicht angehe, zuulassen, daß das Bekennnis zur liberalen Auseinandersetzung für die Katholiken einen Makel bedeutet. Der Münchener Bischof habe sehr recht getan, die Bedeutung des Pfarrers Grandinger zu erneuern. Sollte der Erzbischof von München entschlossen sein, die Machtprobe zu wagen, so müsse man schon heute die Frage aufwerfen, ob es nicht doch ein Fehler war, einen Herrn von so ausgeprägter Gegenwart und erstaunlichem Mangel an Friedfertigkeit auf den ersten Bischofssitz des Landes zu setzen.

Der Brand in den Opelwerken.

Rüsselheim, 21. August. Der Brand in den Opelwerken begann nachts 11/2 Uhr in der Nische der Fahrrad- und Motorradmaschinenabteilung. Das Feuer verbreitete sich, jedenfalls durch den Fahrstuhlschacht, mit rasender Schnelligkeit über die drei Stockwerke. Der Brand dauerte bis gegen 11 Uhr vormittags und wurde von der Fabrik- und Ortsfeuerwehr, sowie den Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften, der Mainzer und der Frankfurt Feuerwehr bekämpft. Außerdem beteiligten sich zwei Batterien des ersten großherzoglich-hessischen Feldartillerie-Regiments Nr. 25 in Darmstadt an den Löscharbeiten. Die Automobilabteilung blieb unversehrt, 20.000 Fahrzeuge und 30.000 Maschinen sind vernichtet. Achthundzwanzig Leute erlitten bei den Rettungsarbeiten mehr oder minder leichte Verbrennungen. Menschenleben sind anscheinend nicht zu beklagen. Der Schaden beträgt 3½ bis 4 Millionen Mark, woran zwanzig Versicherungs-Gesellschaften beteiligt sind. Der Ausbruch des Feuers ist jedenfalls auf Selbstentzündung zurückzuführen. Der Betrieb wird mit Hilfe der übergebliebenen Abteilungen teilweise fortgeführt, doch sind von den in den Werken beschäftigten 4000 Arbeitern für die nächste Zeit 1500 bis 2000 Mann arbeitslos.

Zu den Marokkoverhandlungen.

Paris, 22. August. Ja den hiesigen politischen Kreisen ist man fest überzeugt, daß eine endgültige Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hinsichtlich des Marokkacocktails nach der Wiederholung der Unterhandlungen erfolgen wird. Frankreich wird jedoch nach wie vor die unverzichtbaren territorialen Forderungen Deutschlands ablehnen. Es heißt, die Gewerbung des Hafens Sfax ist jetzt mit erheblichem Aufwand verdeckt zu machen und die Verhandlungen werden

scheinlich durch Abtreten der Insel Fernando Po seitens Spaniens erzielt werden. Jedemfalls ist man überzeugt, daß wenn ein Abskommen zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Wege der friedlichen Berliner Unterhandlungen nicht erzielt werden sollte, die Einberufung der Signatarmächte nicht verzögert werden darf.

Jugendkunst.

Saloniki, 22. August. Die Nachforschungen nach dem Aufenthaltsorte des entführten und immer noch gefundenen deutschen Ingenieurs Richter werden nunmehr abermals mit großem Nachdruck aufgenommen werden, nachdem die griechische Regierung auf ausdrückliches Erfuchen des Ministers Nikifor Palcha ihre Bereitschaft ausgedrückt hat, im Verein mit den türkischen Truppen die genannte neutrale Zone im Grenzgebiete abzuräumen. Von Larissa sind bereits mehrere starke Abteilungen türkischer Truppen an die Grenze abgegangen und von türkischer Seite sind die besten verfügbaren zur Verfolgung der Räuber im Olympargebirge bestimmten Truppen gleichfalls nach der Grenze abgeschickt worden. Wenn diese Nachforschungen, die auf Seiten der Türkei wieder von Hamid Bey und von Serrel Bey geleitet werden, wieder ohne Erfolg sein sollten, so sollen alsdann die Verfolgungen der Räuber bis auf weiteres ganz abgebrochen werden.

Prag, 22. August. Da dem Marktleiter Rosser Fuß im Unterkörper gestrichen ist gestern früh ein gewaltiges Feuer ausgebrochen. Nach den bisher vorliegenden Berichten und dem Brande 42 Wohnhäuser und 112 Wirtschaftsgebäude zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf zwei Millionen Kronen geschätzt. Die Feuerwehren sind vollständig machtlos, da infolge der wochenlangen großen Hitze hier sehr großer Wassermangel herrscht.

Paris, 22. August. Schwere Gewitter sind gestern in verschiedenen Teilen Frankreichs niedergegangen und haben großen Schaden angerichtet. In der Umgebung von Biarritz wurden drei Personen vom Blitz erschlagen. Die Weinberge und Obstplantagen in der Umgebung von Mauléon haben stark gelitten. In Ondonnay sind die Schuppen, in denen man Flugapparate untergebracht hatte, teilweise zerstört worden. In Cherbourg und Umgebung hat der Blitz ebenfalls vielfach gezündet. In St. Mandou schlug der Blitz in einen Baum, unter dem zwei junge Leute Schutz gesucht hatten. Beide wurde getötet.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Zeigt Höhe in Met. auf Ges. Ges.	Ge Ges. Ges.	Ge Ges.	Reise M. Pf.	Wieg. Pf.								
22. 8. 10,87	0,68	2,09	-0,52	3,74	0,43	4,33	1,56	0,74	2,20	4,12	-2,20	0,50
21. 8. 10,87	0,71	2,12	-0,45	3,84	0,47	4,34	1,60	0,66	2,50	4,56	-2,24	0,52
Winter	11,63	0,88	2,12	-0,42	3,46	2,07	4,07	2,38	1,65	5,00	0,14	1,88

* Ausdehnungshöhe i. Rothwitz 3,50; für Treuen (Oder) Oder-Niederung 3,27

Gesammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 22. August:

Maurer-Versammlung im Saale.

Mittwoch, den 23. August:

Buchdrucker-Versammlung im Saale.

Arbeiter-Radfahrer. Versammlung Zimmer 1.

Donnerstag, den 24. August:

Konsum- und Sparverein Vorwärts. Generalversammlung im Saale.

G. Dörr = Friedhofstraße 97.
Giegenbergsche Kaufhandlung
für Damen- und Kinder-Konfektion.

Abrahmungsgeschäfte

Möbel- u. Matratzen-Ausstattungshandlung
gegen bar und auf Zeitabzählnung
Adolf Schröder, Klinge Nr. 2,
Alkoholfreie Getränke

= Bilz-Sinalco =

Braun, Franz,
Demmler, W., Reichenbachstr. 38, Demmlerstrasse.
Gamm, August, 88, Wörthstrasse, Volkstrasse.
Hausdorff, Max, A. Salzstr. 12 (Dresden).
Kraemer, Max, Osterstraße 28.
Kriegel, O., Ritterstraße 27 (Dresden).
Schulz, Carl, Grundstückstrasse 12.
Regierungs-Brause, Weizenkraut, Weizenkraut.
Wendt, O., Klinic. 5 (Gest. Fronic).

Bäckereien und Konditoreien

Bärlich, Karl, Leipzigerstraße 82.
Berger, Friedr., Kreuzstr. 38.
Stadt-Mahl-, Reichs-, Marktbeschaff. Tel. 7494
Brehmer, V., Leipzigerstraße 4.
Burke, Friedr., Leipzigerstraße 18.
Freih, Carl, Osterstr. 29, Mittlere Osterstr. 2.
Gründl, August, Marienstraße 11.
Haas, Paul, Delitzscherstraße 4.
Haas, Paul (U. Schleifer), Mitterstraße 5.
Hermann, Carl, Mönchsstraße 50/52.
Hoffmann, C., Oberstr. 49, Tel. 4952.
Hörens, U., Neue Alberstraße 103.
Katz, Max, Mitterstraße 44.
Klein, Georg, Neue Mitterstraße 111.
Klein, Max, Alberstraße 4.
Krause, Wilhelm, Bismarckstraße 35.
Krause, Julius, Mönchsstraße 16.
Langner, Otto, Leipzigerstraße 19.
Latzke, Oskar, St. Schülkestr. 43, am Markt.
Obieglo, August, 28, Mitterstraße 28.
Wöhrl, Albert, Leipzigerstraße 43.
Raabe, Hugo, Sonnenstraße 15.
Richter, Ernst, Leipzigerstraße 51.
Sambal, Theodor, Leipzigerstraße 13.
Schäfer, Maria, Matthiastrasse 135.
Seitz, Adolf, Schreiberstraße 17.
Stauff, Wilhelm, Altenstraße 4.
Stiller, Max, Leipzigerstraße 47.
Stiel, Carl, Gräßchenstraße 51.
Tengel, Emil, Auguststraße 5.
Tenzer, O., Chämper 19.
Walter, Alois, Leipzigerstraße 1.
Wohl, Gustav, Alberstraße 54.
Wenzel, Paul, Leipzigerstraße 63.
Wölfel, Paul, Schenkestraße 33.
Woll, August, Mitterstraße 132.
Wontsch, Gustav, M., Mitterstraße 158.
Wontsch, Heinrich, Leipziger Straße 13.

Badeanstalten,

Motorbad, tel. Großstr. 18, abholt Marien.
Brauhaus-Bad, Neue Gasse 14.

Sandagisten

Fritz, W., Sonnenstraße 36.
Kaufm. Hause, Karl, Garnef. 54, Tel. 10144.
Stein, Joh., Sämtlederstraße 17.

Berufskleidung

für Jungs, Mädels, Kindertüren, Kleider
Schleife, Schürze, Frösche, Hosen u.
Julius Kapp, vom. C. Jäggs,
am Holländ. Str. 23—27.

Bier-Brauereien, Bier-Vergießer

Brauerei Rosenthal zum Röhrchen
G. & L. H., Geschäft: Rosenthal.

Brauerei Sorau 6. J.

Brauerei, Schlossstraße, Raumnummer 35.
Strel. Union-Brauerei, Engeln.

Bürgerliches Brauhaus G. m. b. H.,
Rosenstr. 21a, Tel. 228.

Lips, A., Reichsstraße 14.

Georgisch-Gemüter, Schubertstraße.
Reichsstr. 10, Tel. 10144.

Kräuter-Pharmazie, —

Reichsstr. 11, Tel. 2200.

Hops & Görde, Gräßchen.

Jäger, P., Kap.-Str. 2, Tel. 7078.

Kraemer, August, 20, Tel. 7078.
Wenzel, August, Leipzigerstraße 54.

Wolke, Paul, Poln. Marienstraße 64.

Eckel, Hans, 12, Leipzigerstraße 76.

Schultheiss, Mitterstraße 20/22.

Seidel, C., Brauerei 22.

Strohs, F.W., Brauerei, Neumarkt.

Spinnereien und Weberei

Brügel, H., Weißgerberstraße 17.

Bissen u. Kostümdecke

Schäferger, Weißgerberstraße 17.

Schäfer, Leipzigerstraße 7.

Gläser-Konfektion

Gold & Gräfe, — (Königstr.).

Rösel, Felix, — (Königstr.).

Dräger und Farben

Wolke, Paul, Schäferstraße 21.

Wolke, Paul, Weißgerberstraße 22.

Ziegler, Oskar, Weißgerberstraße 22.

Wolke, Paul, Weißgerberstraße 24.

Wolke, Paul, Weiß

2. Beilage zu Nr. 196 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 23. August 1911.

Anträge zum Parteitag in Jena.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Breslau: Auf die besondere Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die auswärtige Politik Deutschlands“.

2. Schwarzbürg-Sondershausen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Wahlrechtsfrage in sämtlichen deutschen Bundesstaaten“.

3. Zeitz-Meisenfeld: Das Referat Bebels über die „Reichstagswahlen“ anschließend an den parlamentarischen Bereich folgen zu lassen.

4. Teltow-Beeskow: Auf die Tagesordnung des Parteitages in Jena die „Auswärtige Politik“ zu setzen und den Parteivorstand zu ersuchen, einen Referenten hierfür zu bestellen.

5. Berlin IV: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der preußische Wahlrechtsantrag“.

6. Stuttgart: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Marokkopolitik“.

Agitation.

7. Gehrden: Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Agitation die politisch zurückgebürenen Wahlkreise finanziell energetischer zu unterstützen, und um Wahlkreis in Sachsen-Anhalt zu verstetigen.

8. Döbeln: Der Parteitag reauftaftet den Parteivorstand, eine rege Agitation gegen den Militarismus und für den Frieden bei jeder gegebenen Gelegenheit zu entfalten, und bedauert, daß der Parteivorstand nicht das Marokkoabenteuer dazu benutzt hat, um die Initiative zu einer umfassenden einheitlichen Aktion der Partei für den Weltfrieden zu ergreifen.

9. Berlin I: In jedem Bezirk der einzelnen Wahlkreise eines Deutschen ist eine plannmäßige Landagitation auf verhandlungsfähiger Grundlage einzurichten, und zwar derart, daß die Parteigenossen angehalten werden, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen.

Die so gewonnenen Adressen sind dann im Auftrage der Verwandten zu bearbeiten und später den zuständigen Landesagitationskommissionen zu überweisen, um denselben als Stützpunkt für ihre weitere aktive Agitation zu dienen.

10. Stuttgart: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, für den bevorstehenden Wahlkampf eine Agitationsbrochüre herauszugeben, in der das Verbrechen, das die bürgerlichen Parteien und ihre Kleriker während der letzten Legislaturperiode am Volke begangen haben, gebührend geschildert wird.

Organisation.

11. 8. und 10. Schleswig-Holsteinischer Kreis: Im § 7 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird unter 1. der letzte Satz, welcher lautet: „Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.“ gestrichen.

12. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellste eine Zentrale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteizeitschriften regelmäßig zu besuchen und für deren geschäftliche, organisatorische Fortschritte vorzutreten zu sein. Die Zentrale ist ähnlich gedacht, wie solche von den deutschen Genossenschaften durch ihre Verbands-Kreisoren bereits geschaffen ist.

13. Nürnberg: Der Parteivorstand hat sofort eine Instanz im Anschluß an das Pressebüro zu schaffen, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Ausklärungsflugschriften und Broschüren ermöglicht.

14. Köslin-Kolberg: Der Parteitag möge dahin wirken, die Parteibüros vorläufig nicht zu erhöhen.

15. 17. Hannoverscher Kreis: Der Parteitag möge beschließen, das Pressebüro so zu gestalten, daß es bei wichtigen Tagesereignissen Klischees der Parteipresse zur Verfügung stellt.

16. Hamburg III, Distrikt Eilbek: Der Parteitag möge beschließen, daß mit der Bekanntgabe der Tagesordnung zum Parteitag zugleich der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird.

17. Berlin I: Die der Partei und damit dem Parteivorstand aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erwachsenden Aufgaben machen eine Verschärfung der Parteileitung erforderlich. Aus diese Grunde ist die Zahl der Sekretäre zu vermehren.

18. Göppingen: Falls die Kräfte des Parteivorstandes zur Bewältigung seiner Aufgaben nicht ausreichen, wolle der Parteitag eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes einzutreten lassen.

19. Niederrhein: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um drei Sekretäre zu verstärken.

20. Königshof: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um zwei Sekretäre zu verstärken.

21. Stuttgart: Der Parteitag beschließt: Überall dort, wo das Bedürfnis vorhanden ist und es die Umstände genügen, sind die lokalen Bildungsausschüsse in eine Arbeiterbildungsschule einzutandeln, die ihre Tätigkeit möglichst auf alle das moderne Arbeitserleben beruhenden Gebiete auszudehnen hat.

Jugendagitation.

Resolution.

22. Berlin II, IV und Teltow-Beeskow: Der Parteitag begrüßt die Fortschritte, die die proletarische Jugendbewegung proß der Bekämpfung durch Staat und Kirche gemacht hat. Er bestätigt aufs neue die Wichtigkeit dieses jungen Zweiges der Arbeiterbewegung und macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, ihre Söhne und Töchter für die Veranstaltungen der Jugendauschüsse zu interessieren, sie zum Leben der Arbeiterjugend zu veranlassen und auf den Arbeitsstätten für die freie Jugendbewegung zu agitieren.

Angesichts der Tatsache, daß die neue, von staatlicher Seite ausgehende Jugendbewegung durch Veranstaltungen und Gründungen von Vereinen im Anschluß an die Fortbildungsschule fortwährend größeren Einfluß auf die schulentlassene Arbeiterjugend gewinnen will, beschließt der Parteitag:

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat eine plannmäßige Agitation durch Veranstaltung von Versammlungen, Herausgabe von Flugschriften und Broschüren in die Wege zu leiten. Die Zentralstelle hat den in der Jugendbewegung stehenden Funktionären durch stete Versorgung mit Agitationsmaterial und durch besondere Hinweise auf wichtige Gebehnisse innerhalb der gegnerischen Jugendbewegung, sowie durch Erörterung organisatorischer, agitatorischer und pädagogischer Fragen, Anweisung und Anleitung für die Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Die Parteidreie hat mehr als bisher die Bekämpfung der Jugendbewegung zu schildern und über die Arbeit der Jugendauschüsse zu berichten.

23. Stuttgart: Der Parteitag möge beschließen: Um eine gründliche Ausklärungsarbeit unter der proletarischen Jugend Deutschlands durchzuführen, hat die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands Vortragsreden bereitzu stellen und entsprechende Agitationstouren anzutreten und auszuführen.

Zur Maifeier.

24. Lübeck: Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird.

25. Dessau, Hagen, 73 Genossen in Rottbus, Forst, der Gautag von Nordbayern und des 18. Jäschischen Wahlkreises: Der Beschuß des Nürnberger Parteitages über den Antrag 90, betreffend die Abstimmung des Tagessatzungsverdienstes am 1. Mai, ist aufzuheben.

26. 11., 12., 13., 14. und 16. jäschischer Wahlkreis: Der Beschuß 90 des Parteitages in Nürnberg ist aufzuheben.

Sollte der Parteitag diesem Antrag nicht zustimmen, dann ist der Beschuß 90 so zu fassen:

Die Angestellten der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeiterorganisationen, die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften und der privaten Betriebe sowie die selbstständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohnentnahmen ruhen lassen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem Bezirkshaushalt zugunsten der Mai-Ausgabepflicht eine Mark pro 1000 Mark Jahresarbeitsverdienst an den Bezirkshaushalt abzuführen. Sollte der 1. Mai auf einen geschäftigen Rubertag, dann ist kein Anteil vom Jahreseinkommen abzuführen.

27. Hamburg III, Distrikt Hamm: Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, dem Beschuß des Nürnberger Parteitages, Antrag 90, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten.

Presse und Literatur.

28. Berlin I: Den „Vorwärts“ während der Reichswahlkampfzeit auch abends erscheinen zu lassen.

29. Lübeck: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß der Vorwärts-Vorlag seine mobilen Schriften noch mehr verbilligt, um sie den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Vor allem sollten populär geschriebene Agitationsbrochüren für die Landbevölkerung veröffentlicht werden. Sie als Kulturbilder bezeichneten — in leichter Form mit sehr detaillierten Illustrationen geschmückt — Sammelwerke sind nicht weiter zu fordern.

30. Hamburg II: Der Parteitag besticht den Parteivorstand zu erlauben, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Diesche Verlag in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften abgibt. 2. Die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Geisteswissenschaften herausgegeben werde. Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek“ bei Dies in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Erlos für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbücher“ des Vorwärts-Verlages.

31. Niederrhein: Der Parteitag möge beschließen: Das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die neue Welt“ ist in besserer Ausstattung herzustellen.

32. Hamburg III, Distrikt Uhlenhorst: 1. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Illustrationen der „Neuen Welt“ besser zu gestalten. Sollte dieses technisch nicht möglich sein, dieselben ganzlich weglassen.

2. Den „Wahren Jacob“ bildlich und satirisch besser auszustalten und den Umfang der Annonsen wesentlich einzuschränken.

33. Der Gautag Nordbayerns: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die „Kommunale Praxis“ zu einem billigeren Preise abzugeben, damit die Gemeindevertreter mehr als bisher in der Lage sind, die „Kommunale Praxis“ zu abonnieren.

34. Der 11. und 14. jäschische Wahlkreis: Den Kreisvereinen oder sonstigen Organisationen, die an ihre weiblichen Mitglieder die „Gleichheit“ gratis liefern, den Preis von 6 auf 4 Mark pro Exemplar zu ermäßigen.

35. Breslau-Stadt: Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, vom Parteitag in Jena die Herausgabe einer populär gehaltenen Agitationschrift zu fordern, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbauern dargelegt wird. Eine solche farbige Schrift ist deshalb nötig, weil wir noch zahlreiche ländliche Agitationsdistrikte haben, in denen neben den Landarbeiter auch die kleinen Bauern und Siedlerbesitzer gewonnen werden müssen. Gerade diese beiden letzten Gruppen, die aus wirtschaftlichen Gründen viel mehr zu uns, den Beschlüssen, gehörten, werden in Wahlzeiten aber von den konfessionellen und liberalen Wirtschaftsverbänden des kapitalistischen Großgrundbesitzes als dessen natürliche Bundesgenossen reklamiert und dementsprechend gegen die Sozialdemokratie aufgehetzt. Eine solche Schrift müßte neben einer überzeugenden Darstellung der sozialen Wirkungen unserer Agrarpolitik auch für den ländlichen Kleinbetrieb eine kurze klare Erklärung unserer Programmsforderungen der Bodenverstaatlichung enthalten.

36. Hamburg III, Distrikt Harburg: Barmerbeck, Röthenbach, Rotherbaum:

1. Wir ersuchen den Parteivorstand, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dephin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Verlag Dies in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften mit 50 Prozent Rabatt abgibt.

2. Wir ersuchen den Parteivorstand, die Parteiverlage dahin hin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Geisteswissenschaften herausgegeben werde, ähnlich wie die Sammlungen „Göttinger“, „Aus Natur und Geisteswelt“, „Wissenschaft und Bildung“. Zur Behandlung müssen unter anderem gelungen mit besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts: Deutsches Wirtschaftsleben, Landwirtschaft, Bauwesen, Handwerk, Welthandel, Deutscher Handel, Dampfmaschine, Elektrizität, Verkehrswegen, Eisenbahnen, Schiffahrt, Kriegswesen, Berufskräfte, Bauern und Handarbeiter, soziale Theorie, Zeitungswesen, Verfassungsgeschichte, Revolutionen, Reichsgründung, aus der Geschichte der Religion oder des Christentums, aus der Völker- und Geschichtsphilosophie, aus der Geschichte früherer Jahrhunderte und anderer Völker.

Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek“ bei Dies in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Erlos für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbücher“ des Vorwärts-Verlages.

37. Stuttgart: Der Parteivorstand wird beauftragt, für eine bessere, künstlerisch und literarisch höher stehende Ausgestaltung des „Wahren Jacob“ Sorge zu tragen.

38. Hamburg I, 4. Bezirk: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu veranlassen, die namenlichen Abstimmungen im Reichstage dem gesamten Volke zu unterteilen. Diese liegt in einer Broschüre mit Erläuterungen der Gesetze in kurzgefaßter Weise sowie die Abgeordneten durch Reihenfolge anzuführen, welche für und welche gegen das Gesetz gestimmt haben, damit die Wähler wissen, wie der Abgeordnete, dem sie ihre Stimmen gegeben haben, gestimmt hat.

39. Hamburg III, Distrikt Hamm: Dem Parteivorstand wird dringend empfohlen, sein Augenmerk mehr auf die

Illustrationen der „Maifeier“, „Neue Welt“ und „Neuer Weltkalender“ zu legen.

40. Der 23. jäschische Wahlkreis brüdet den Wunsch aus, daß die „Neue Welt“ bessere Erzählungen von der Art bringen möge, wie der Roman „Ervedi“ war, und daß diese Erzählungen zu billigen Preisen in Buchform herausgegeben werden, damit auf die Weise eine Literatur entsteht, die in sozialistischem Sinne auf Geist und Gemüt der arbeitenden Jugend wirkt und ihr Denken veredelt. Es empfiehlt sich, solche Literatur der Arbeiterjugend bei fehlenden Gelegenheiten wie Geburtstage, Konfirmations- und Heiligabendfeiern zu schenken. Die Genossen des 23. jäschischen Wahlkreises haben mit diesem Verfahren in der Bekämpfung der Schundliteratur gute Erfolge erzielt.

Parlamentarisches.

41. Paul-Wiegmann, Berlin VI: Der Parteitag möge die Forderungen der Immpfgegner anerkennen und die Kraftaktion im Reichstage beauftragen, durch Stellung von Anträgen die Forderungen der Immpfgegner zu unterstützen.

Die Forderungen der Immpfgegner lauten: 1. Gründliche Neuuntersuchung der Immpffrage, mit Zugabe der gleichen Anzahl von Impfreunden und -gegnern, entsprechend dem schon 1898 gefassten Beschuß des Reichstages. 2. Abstimmung der Wissens- und Gewissensbedenken der Eltern und der Immpfinge in selbst zweite Immpfung der Schüler, drückt der Rechtfertigung. 3. Im Falle der Ablehnung von 1 und 2 Entschädigung der durch die Immpfung Beschädigten. 4. Neue Fassung des Hygienegegesetzes vom Jahre 1874 zur Vermeidung des Widerstandes der Reichsversammlung und zur Feststellung, daß damals ein Impfzwangsgesetz nicht beabsichtigt worden ist.

Resolution zur Marokkopolitik.

42. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag möge beschließen:

1. Angesichts des schnell zunehmenden Bedarfs der Kulturbücher an tropischen und subtropischen Kunststoffen;

2. angesichts der tatsächlich Unfähigkeit vieler tropischer und subtropischer Völker, die von ihnen bewohnten Gebiete schon jetzt in Einklang mit den Bedürfnissen der internationalen Belehrungs- und Wirtschaftsstadt zu verwalten und zu entwickeln;

3. angesichts der großen und dauernden Gefährdung des Weltfriedens durch eine unregelmäßige, wesentlich von Sonderinteressen einzelner Kapitalistengruppen bestimmte Expansionspolitik der Kulturbücher;

4. angesichts aber auch der handgreiflichen Gefährdung des Lebensinteresses des deutschen Volkes und namentlich der deutschen Arbeiterklasse durch die rücksichtlose, kolonial-politischen Monopolbetreibungen der herrschenden Klassen in Frankreich und England erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

1. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet es nach wie vor als ihre wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der internationalen Politik, im Verein mit den ausländischen Bruderparteien einen friedlichen und dauernden Ausgleich internationaler Interessengegensätze einzutreten.

2. Ein solcher Ausgleich ist aber nur möglich, wenn keine einzelne Nation in der Kolonialen Versorgung einen monopolistischen Vorprung für sich beansprucht und keine sich vom Friedlichen Wettbewerb mit gleichen Chancen gewaltsam ausspielen sieht.

3. Der Ausgleich der einander widersprechenden kolonial-politischen Interessen der Kulturbücher könnte entweder in der vollen Aushebung aller einzelstaatlichen Monopole und Vorzugsstellungen zugunsten gemeinschaftlicher Verwaltung und Erziehung kolonialer Gebiete bestehen oder durch eine proportionale Verteilung der ausländischen Einfußgebiete nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Wertes und der Versorgungsbedürfnisse der Besitzerstädte herbeigeführt werden.

4. Solange eine Verschärfung auf einer dieser Grundlagen nicht erreichbar ist, wird sich die deutsche Sozialdemokratie im Verein mit den übrigen Teilen des deutschen Volkes allen Versuchen anderer Kolonialmächte widersetzen, ihre bereits unverhältnismäßig wertvollen Einfußgebiete unter systematischer Nichtachtung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse durch weitere Besitz- und Vormachttausdehnung immer noch mehr einzufordern; denn dadurch würde der Spielraum der deutschen Volkswirtschaft unerträglich eingeschränkt und der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter gehemmt oder vor den unkontrollierbaren Zufälligkeiten ausländischer Wirtschaftspolitik abhängig gemacht werden.

5. Soweit die deutsche Diplomatie kein anderes Ziel verfolgt, als die Nichtbeachtung deutscher Wirtschaftsinteressen durch die englische und französische Diplomatie zu verhindern, soweit ihr Vorgehen also nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftslebens dient, jenseit hat die Sozialdemokratie keinen Grund, ihre Oppositionstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Regierung zu übertragen.

Max Maurenbrecher,

